Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2682

19. 03. 79

Sachgebiet 111

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes

A. Zielsetzung

Das Gesetzesvorhaben verfolgt folgende Ziele:

1. die Aktualisierung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag,
2. die Neuregelung des Wahlrechtsausschlusses bei Anordnung einer Pflegschaft,
3. die Neufassung der Fristenregelung zur Kandidatenaufstellung,
4. die Zulassung der Einsetzung von Briefwahlvorständen auf Kreis- und Gemeindeebene,
5. die Klärung von Rechtsfragen, die sich bei der Auslegung und Anwendung des Bundeswahlgesetzes ergeben haben.

B. Lösung

1. Die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Deutschen Bundestag entspricht nicht mehr dem aktuellen Stand der deutschen Bevölkerung in den Bundesländern und trägt nicht mehr dem Stand der Gebiets- und Verwaltungsreformen in den Ländern nach deren Abschluß Rechnung. Deshalb wird für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag eine Neuverteilung der Bundestagswahlkreise zwischen den Ländern und für die meisten Länder auch eine Neuabgrenzung von Wahlkreisen vorgeschlagen.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56,
5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

2. Durch Änderung des § 13 Nr. 2 BWG wird festgelegt, daß geistig Gebrechliche, die unter Pflegschaft stehen, nur dann vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen sind, wenn die Anordnung der Pflegschaft ohne ihre Einwilligung erfolgt ist.

3. Die den frühesten Termin für die innerparteiliche Kandidatenaufstellung bestimmende Regelung des § 21 Abs. 3 BWG wird an die 1976 erfolgte Änderung des Artikels 39 Abs. 1 GG angepaßt.

4. Nach § 8 BWG ist das Briefwahlergebnis auf Wahlkreisebene zu ermitteln und festzustellen. Künftig soll die Ermittlung und Feststellung nach entsprechender Anordnung auch auf Kreis- oder Gemeindeebene erfolgen können.

5. Einige Vorschriften des Bundeswahlgesetzes haben in der Praxis zu Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten geführt. Diese Unklarheiten und Schwierigkeiten sollen bereinigt werden. Zugleich werden einige redaktionelle Änderungen vorgenommen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bei einer Einsetzung von Briefwahlvorständen auf Kreis- oder Gemeindeebene nach entsprechender Entscheidung der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle entstehen Mehrkosten, die vom Bund zu tragen sind. Die aufgrund der vorgeschlagenen Begrenzung der Wahlrechtsausschlußgründe notwendig werdende Überprüfung der Pflegschaftsanordnungen wird bei den zuständigen Stellen der Länder und Gemeinden zu einem Verwaltungsmehraufwand führen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (13) — 100 01 — Wa 48/79

Bonn, den 19. März 1979

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes mit Begründung, einer Anlage und dem Vorblatt (Anlage). Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 23. Februar 1979 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich nachgereicht.

Schmidt

Anlage

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Änderung des Bundeswahlgesetzes

Das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachungen vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325) und 4. August 1976 (BGBl. I S. 2133, 2799) wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

   Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

   „Der Bericht der Wahlkreiskommission ist dem Bundesminister des Innern innerhalb von eineinhalb Jahren nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages zu erstatten."

2. § 8 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 wird vor den Worten „ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses." das Wort „mindestens" eingefügt und folgender Satz 2 angefügt:

      „Wieviel Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltage feststellen zu können, bestimmt der Kreiswahlleiter."

   b) In Absatz 2 wird nach Satz 1 der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

      „die Anordnung trifft der Landeswahlleiter."

      Der bisherige Satz 2 wird gestrichen.

   c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

      „(3) Zur Feststellung des Briefwahlergebnisses können Wahlvorsteher und Wahlvorstände statt für jeden Wahlkreis für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für jeden Kreis innerhalb des Wahlkreises eingesetzt werden; die Anordnung trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle."

3. § 9 wird wie folgt geändert:

   Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

   „Die Wahlvorstände bestehen aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzendem, seinem Stellvertreter und weiteren drei bis fünf vom Wahlvorsteher berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern; die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann anordnen, daß

   die Beisitzer des Wahlvorstandes von der Gemeindebehörde und

   die Beisitzer des Wahlvorstandes zur Feststellung des Briefwahlergebnisses vom Kreiswahlleiter, im Falle einer Anordnung nach § 8 Abs. 3 von der Gemeindebehörde oder von der Kreisverwaltungsbehörde

   allein oder im Einvernehmen mit dem Wahlvorsteher berufen werden."

4. § 13 wird wie folgt geändert:

   In Nummer 2 werden die Worte „wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht," ersetzt durch die Worte „wegen geistigen Gebrechens ohne seine Einwilligung unter Pflegschaft gestellt ist,"

5. § 20 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 2 wird in Satz 2 folgender Halbsatz eingefügt:

      „; die Wahlberechtigung der Unterzeichner ist bei Einreichung des Kreiswahlvorschlages nachzuweisen."

   b) In Absatz 3 wird folgender Satz 2 angefügt: „Absatz 2 Satz 2 zweiter Halbsatz gilt entsprechend."

6. § 21 wird wie folgt geändert:

   Absatz 3 Satz 2 erster Halbsatz wird wie folgt gefaßt:

   „Die Wahlen dürfen frühestens zweiunddreißig Monate nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages stattfinden;"

7. § 25 wird wie folgt geändert:

   In Absatz 2 Satz 2 werden der Eingang und die Nummern 1 und 2 wie folgt gefaßt:

   „Ein gültiger Wahlvorschlag liegt nicht vor, wenn

   1. die Form oder Frist des § 19 nicht gewahrt ist,

   2. die nach § 20 Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie Absatz 3 erforderlichen gültigen Unterschriften mit dem Nachweis der Wahlberechtigung der Unterzeichner fehlen, es sei denn, der Nachweis kann infolge von Umständen, die der Wahlvorschlagsberechtigte nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig erbracht werden,"

8. § 27 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 wird nach Satz 2 folgender Satz 3 eingefügt:

   „Die Wahlberechtigung der Unterzeichner eines Wahlvorschlages einer der in § 18 Abs. 2 genannten Parteien ist bei Einreichung der Landesliste nachzuweisen."

   Satz 3 wird Satz 4.

   b) In Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „Rufnamen" ersetzt durch das Wort „Vornamen".

9. § 36 wird wie folgt geändert:

   a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

   „(3) Im Falle einer Anordnung der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle nach § 8 Abs. 3 tritt an die Stelle des Kreiswahlleiters in Absatz 1 Satz 1 und in Absatz 2 die Gemeindebehörde, die den Wahlschein ausgestellt hat, oder die Verwaltungsbehörde des Kreises, in dem diese Gemeinde liegt."

   b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wird wie folgt gefaßt:

   „(4) Wahlbriefe können von den Absendern bei der Deutschen Bundespost als Standardbriefe ohne besondere Versendungsform gebührenfrei eingeliefert werden, wenn sie sich in amtlichen Wahlbriefumschlägen befinden. Bei Inanspruchnahme einer besonderen Versendungsform hat der Absender den die jeweils gültige Briefgebühr übersteigenden Betrag zu tragen. Der Bund entrichtet an die Deutsche Bundespost für jeden von ihr beförderten, unfrei eingelieferten oder durch eine besondere Versendungsform übermittelten amtlichen Wahlbriefumschlag die jeweils gültige Briefgebühr."

10. Es wird folgender § 53 a eingefügt:

   „§ 53 a

   Fristen und Termine

   Die in diesem Gesetz vorgesehenen Fristen und Termine verlängern oder ändern sich nicht dadurch, daß der letzte Tag der Frist oder ein Termin auf einen Sonntag oder einen gesetzlichen oder staatlich geschützten Feiertag fällt. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen."

11. Die Worte „Bundestag" oder „Bundestages" in § 1 Abs. 1, § 3 Abs. 3 Satz 2, § 18 Abs. 2 und 3 Nr. 1, § 21 Abs. 1, § 30 Abs. 3, § 35 Abs. 2, § 44 Abs. 3, §§ 45 bis 48 und 53 sowie in den Überschriften zu den §§ 1, 45 und 46 sowie zum Achten Abschnitt werden ersetzt durch „Deutscher Bundestag", „Deutschen Bundestages" oder „Deutschen Bundestag".

12. Die Anlage zum Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. August 1976 (BGBl. I S. 2133, 2799) erhält die aus der Anlage zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

Artikel 2

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Anlage
(zu Artikel 1 Nr. 12)

Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Schleswig-Holstein
1	Flensburg — Schleswig	Kreisfreie Stadt Flensburg, Kreis Schleswig-Flensburg
2	Nordfriesland — Dithmarschen-Nord	Kreis Nordfriesland, vom Kreis Dithmarschen die kirchspielsfreien Gemeinden Heide, Wesselburen, die Kirchspielslandgemeinden Büsum (= Gemeinden Büsum, Büsumer Deichhausen, Hedwigenkoog, Oesterdeichstrich, Warwerort, Westerdeichstrich), Hennstedt (= Gemeinden Barkenholm, Bergewöhrden, Delve, Fedderingen, Glüsing, Hägen, Hennstedt, Hollingstedt, Kleve, Linden, Norderheistedt, Schlichting, Schwienhusen, Süderheistedt, Wiemerstedt), Lunden (= Gemeinden Groven, Hemme, Karolinenkoog, Krempel, Lehe, Lunden, Rehm-Flehde-Bargen, Sankt Annen), Tellingstedt (= Gemeinden Dellstedt, Dörpling, Gaushorn, Hövede, Pahlen, Schalkholz, Süderdorf, Tellingstedt, Tielenhemme, Wallen, Welmbüttel, Westerborstel, Wrohm), Weddingstedt (= Gemeinden Neuenkirchen, Ostrohe, Stelle-Wittenwurth, Weddingstedt, Wesseln), Wesselburen (= Gemeinden Friedrichsgabekoog, Hellschen-Heringsand-Unterschaar, Hillgroven, Norddeich, Norderwöhrden, Oesterwurth, Reinsbüttel, Schülp, Strübbel, Süderdeich, Wesselburener Deichhausen, Wesselburenerkoog) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 3)
3	Steinburg — Dithmarschen-Süd	Kreis Steinburg, vom Kreis Dithmarschen die kirchspielsfreien Gemeinden Brunsbüttel, Friedrichskoog, Marne, Meldorf, die Kirchspielslandgemeinden Albersdorf (= Gemeinden Albersdorf, Arkebek, Bunsoh, Immenstedt, Offenbüttel, Osterrade, Schafstedt, Schrum, Tensbüttel-Röst, Wennbüttel), Burg-Süderhastedt (= Gemeinden Brickeln, Buchholz, Burg (Dithmarschen), Eggstedt, Frestedt, Großenrade, Hochdonn, Kuden, Quickborn, Süderhastedt), Eddelak-Sankt Michaelisdonn (= Gemeinden Averlak, Dingen, Eddelak, Sankt Michaelisdonn),

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Heide-Land (= Gemeinden Hemmingstedt, Lieth, Lohe-Rickelshof, Nordhastedt, Wöhrden), Marne-Land (= Gemeinden Diekhusen-Fahrstedt, Helse, Kaiser-Wilhelm-Koog, Kronprinzenkoog, Marnerdeich, Neufeld, Neufelderkoog, Ramhusen, Schmedeswurth, Trennewurth, Volsemenhusen), Meldorf-Land (= Gemeinden Bargenstedt, Barlt, Busenwurth, Elpersbüttel, Epenwöhrden, Gudendorf, Krumstedt, Nindorf, Nordermeldorf, Odderade, Sarzbüttel, Windbergen, Wolmersdorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 2)
4	Rendsburg-Eckernförde	Kreis Rendsburg-Eckernförde
5	Kiel	Kreisfreie Stadt Kiel
6	Plön — Neumünster	Kreisfreie Stadt Neumünster, Kreis Plön
7	Pinneberg	Kreis Pinneberg
8	Segeberg — Stormarn-Nord	Kreis Segeberg, vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Bad Oldeslohe, Bargteheide, Reinfeld (Holstein), Tangstedt, die Ämter Bad Oldesloe-Land (= Gemeinden Grabau, Lasbek, Meddewade, Neritz, Pölitz, Rethwisch, Rümpel, Steinburg, Travenbrück), Bargteheide-Land (= Gemeinden Bargfeld-Stegen, Delingsdorf, Elmenhorst, Hammoor, Jersbek, Nienwohld, Todendorf, Tremsbüttel), Nordstormarn (= Gemeinden Badendorf, Barnitz, Feldhorst, Hamberge, Heidekamp, Heilshoop, Klein Wesenberg, Mönkhagen, Rehhorst, Westerau, Wesenberg, Zarpen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 10)
9	Ostholstein	Kreis Ostholstein
10	Herzogtum Lauenburg — Stormarn-Süd	Kreis Herzogtum Lauenburg, vom Kreis Stormarn die amtsfreien Gemeinden Ahrensburg, Ammersbek, Barsbüttel, Glinde, Großhansdorf, Oststeinbek, Reinbek, die Ämter Siek (= Gemeinden Braak, Brunsbek, Hoisdorf, Siek, Stapelfeld), Trittau (= Gemeinde Grande, Grönwohld, Großensee, Hamfelde, Hohenfelde, Köthel, Lütjensee, Rausdorf, Trittau, Witzhave) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 8)
11	Lübeck	Kreisfreie Stadt Lübeck

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Hamburg
12	Hamburg-Mitte	Vom Bezirk Hamburg-Mitte das Kerngebiet Hamburg-Mitte (Ortsteile 101 bis 128, 140), das Ortsamtsgebiet Veddel-Rothenburgsort (Ortsteile 133 bis 137) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 17, 18), vom Bezirk Hamburg-Nord das Ortsamtsgebiet Barmbek-Uhlenhorst (Ortsteile 414 bis 429) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 15)
13	Hamburg-Altona	Bezirk Altona (Ortsteile 201 bis 226)
14	Hamburg-Eimsbüttel	Bezirk Eimsbüttel (Ortsteile 301 bis 321)
15	Hamburg-Nord	Vom Bezirk Hamburg-Nord das Kerngebiet Hamburg-Nord (Ortsteile 401 bis 413), das Ortsamtsgebiet Fuhlsbüttel (Ortsteile 430 bis 432) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 12), vom Bezirk Wandsbek das Ortsamtsgebiet Alstertal (Ortsteile 517 bis 520), Ortsamtsgebiet Walddörfer die Stadtteile Lemsahl-Mellingstedt, Duvenstedt, Wohldorf-Ohlstedt, Bergstedt (Ortsteile 521 bis 524) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 16, 17)
16	Hamburg-Wandsbek	Vom Bezirk Wandsbek Kerngebiet Wandsbek die Stadtteile Eilbek, Wandsbek, Farmsen-Berne (Ortsteile 501 bis 509, 514), das Ortsamtsgebiet Bramfeld (Ortsteile 515 und 516), Ortsamtsgebiet Walddörfer der Stadtteil Volksdorf (Ortsteil 525), das Ortsamtsgebiet Rahlstedt (Ortsteil 526) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 15, 17)
17	Hamburg-Bergedorf	Bezirk Bergedorf (Ortsteile 601 bis 614), vom Bezirk Hamburg-Mitte das Ortsamtsgebiet Billstedt (Ortsteile 129 bis 132) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 12, 18), vom Bezirk Wandsbek die Stadtteile Marienthal, Jenfeld, Tonndorf (Ortsteile 510 bis 513) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 15, 16)
18	Hamburg-Harburg	Bezirk Harburg (Ortsteile 701 bis 721), vom Bezirk Hamburg-Mitte das Ortsamtsgebiet Finkenwerder (Ortsteile 138 und 139) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 12, 17)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Niedersachsen
19	Aurich — Emden	Kreisfreie Stadt Emden, Landkreis Aurich
20	Unterems	Landkreis Leer, vom Landkreis Emsland die Gemeinden Stadt Haren (Ems), Stadt Papenburg, Rhede (Ems), Twist, die Samtgemeinden Dörpen (= Gemeinden Dersum, Dörpen, Heede, Kluse, Lehe, Neubörger, Neulehe, Walchum, Wippingen), Lathen (= Gemeinden Fresenburg, Lathen, Niederlangen, Oberlangen, Renkenberge, Sustrum), Nordhümmling (= Gemeinden Bockhorst, Breddenberg, Esterwegen, Hilkenbrook, Surwold), Sögel (= Gemeinden Börger, Groß Berßen, Hüven, Klein Berßen, Sögel, Spahnharrenstätte, Stavern, Werpeloh), Werlte (= Gemeinden Lahn, Lorup, Rastdorf, Vrees, Werlte) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 26)
21	Friesland — Wilhelmshaven	Kreisfreie Stadt Wilhelmshaven, Landkreis Friesland
22	Oldenburg — Ammerland	Kreisfreie Stadt Oldenburg (Oldenburg), Landkreis Ammerland
23	Delmenhorst — Wesermarsch	Kreisfreie Stadt Delmenhorst, Landkreise Oldenburg (Oldenburg), Wesermarsch
24	Cuxhaven	Landkreis Cuxhaven
25	Stade	Landkreis Stade, vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Bremervörde, Gnarrenburg, die Samtgemeinden Geestequelle (= Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel), Selsingen (= Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen), Sittensen (= Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste), Tarmstedt (= Gemeinden Breddorf, Bülstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt), Zeven (= Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Zeven) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 30)

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
26	Mittelems	Landkreis Grafschaft Bentheim, vom Landkreis Emsland die Gemeinden Emsbüren, Geeste, Stadt Haselünne, Stadt Lingen (Ems), Stadt Meppen, Salzbergen, die Samtgemeinden Freren (= Gemeinden Andervenne, Beesten, Stadt Freren, Messingen, Thuine), Herzlake (= Gemeinden Dohren, Herzlake, Lähden), Lengerich (= Gemeinden Bawinkel, Gersten, Handrup, Langen, Lengerich, Wettrup), Spelle (= Gemeinden Lünne, Schapen, Spelle) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 20)
27	Cloppenburg — Vechta	Landkreise Cloppenburg, Vechta
28	Diepholz	Landkreis Diepholz
29	Verden	Landkreise Osterholz, Verden
30	Soltau — Rotenburg	Landkreis Soltau-Fallingbostel, vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede, die Samtgemeinden Bothel (= Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede), Fintel (= Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde), Sottrum (= Gemeinden Ahausen, Bötersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 25)
31	Lüneburg — Lüchow	Landkreise Lüchow-Dannenberg, Lüneburg
32	Osnabrück-Land	Vom Landkreis Osnabrück die Gemeinden Bad Essen, Stadt Bad Iburg, Bad Laer, Bad Rothenfelde, Bissendorf, Bohmte, Stadt Bramsche, Stadt Dissen am Teutoburger Wald, Hilter am Teutoburger Wald, Stadt Melle, Ostercappeln, die Samtgemeinden Artland (= Gemeinden Badbergen, Menslage, Nortrup, Stadt Quakenbrück), Bersenbrück (= Gemeinden Alfhausen, Ankum, Stadt Bersenbrück, Eggermühlen, Gehrde, Kettenkamp, Rieste), Fürstenau (= Gemeinden Berge, Bippen, Stadt Fürstenau), Neuenkirchen (= Gemeinden Merzen, Neuenkirchen, Voltlage) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 33)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
33	Osnabrück	Kreisfreie Stadt Osnabrück, vom Landkreis Osnabrück dic Gemeinden Belm, Stadt Georgsmarienhütte, Hagen am Teutoburger Wald, Hasbergen, Wallenhorst (Übrige Gemeinden s. Wkr. 32)
34	Nienburg — Schaumburg	Landkreise Nienburg (Weser), Schaumburg
35	Harburg	Landkreis Harburg
36	Stadt Hannover I	„Hannover-Nord", nördlicher Teil der kreisfreien Stadt Hannover mit den Stadtteilen Bothfeld, Burg, Groß-Buchholz, Hainholz, Isernhagen-Süd, Kleefeld, Klein-Buchholz, Lahe, Ledeburg, Leinhausen, List, Marienwerder, Misburg, Nordhafen, Osterfeld, Oststadt, Sahlkamp, Stöcken, Vahrenheide, Vahrenwald, Vinnhorst, Zoo (Übrige Stadtteile s. Wkr. 37)
37	Stadt Hannover II	„Hannover-Süd", südlicher Teil der kreisfreien Stadt Hannover mit den Stadtteilen Ahlem, Badenstedt, Bemerode, Bornum, Bult, Calenberger Neustadt, Davenstedt, Döhren, Herrenhausen, Kirchrode, Limmer, Linden-Mitte, Linden-Nord, Linden-Süd, Mitte, Mittelfeld, Mühlenberg, Nordstadt, Oberricklingen, Ricklingen, Seelhorst, Südstadt, Waldhausen, Waldheim, Wettbergen, Wülfel (Übrige Stadtteile s. Wkr. 36)
38	Hannover-Land I	Vom Landkreis Hannover die Gemeinden Stadt Burgdorf, Burgwedel, Stadt Garbsen, Isernhagen, Stadt Langenhagen, Stadt Lehrte, Stadt Neustadt am Rübenberge, Uetze, Wedemark (Übrige Gemeinden s. Wkr. 42)
39	Celle — Uelzen	Landkreise Celle, Uelzen
40	Gifhorn — Peine	Landkreise Gifhorn, Peine
41	Hameln — Holzminden	Landkreise Hameln-Pyrmont, Holzminden
42	Hannover-Land II	Vom Landkreis Hannover die Gemeinden Stadt Barsinghausen, Stadt Gehrden, Hemmingen, Stadt Laatzen, Stadt Pattensen, Stadt Ronnenberg, Stadt Seelze, Sehnde, Stadt Springe, Wennigsen (Deister), Stadt Wunstorf (Übrige Gemeinden s. Wkr. 38)
43	Hildesheim	Landkreis Hildesheim

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
44	Salzgitter — Wolfenbüttel	Kreisfreie Stadt Salzgitter, Landkreis Wolfenbüttel
45	Braunschweig	Kreisfreie Stadt Braunschweig
46	Helmstedt — Wolfsburg	Kreisfreie Stadt Wolfsburg, Landkreis Helmstedt
47	Goslar	Landkreis Goslar, vom Landkreis Osterode am Harz die Gemeinden Stadt Bad Lauterberg im Harz, Stadt Bad Sachsa, die Samtgemeinde Walkenried (= Gemeinden Walkenried, Wieda, Zorge) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 48)
48	Northeim —Osterode	Landkreis Northeim, vom Landkreis Osterode am Harz die Gemeinden Stadt Herzberg am Harz, Stadt Osterode am Harz, die Samtgemeinden Bad Grund (Harz) (= Gemeinden Badenhausen, Bergstadt Bad Grund [Harz], Eisdorf, Flecken Gittelde, Windhausen), Hattorf am Harz (= Gemeinden Elbingerode, Hattorf am Harz, Hörden, Wulften) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 47)
49	Göttingen	Landkreis Göttingen
		Bremen
50	Bremen-Ost	Von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtbezirk Ost (Ortsteile 311 bis 385), vom Stadtbezirk Mitte der Ortsteil Ostertor (Ortsteil 113) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 51, 52), vom Stadtbezirk Süd der Stadtteil Obervieland (Ortsteile 231 bis 234), Stadtteil Neustadt der Ortsteil Huckelriede (Ortsteil 218) (Übrige Stadt- und Ortsteile s. Wkr. 51)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
51	Bremen-West	Von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtbezirk West (Ortsteile 411 bis 445), vom Stadtbezirk Mitte die Ortsteile Altstadt, Bahnhofsvorstadt, Handelshäfen, Industriehäfen, Neustädter Hafen, Hohentorshafen (Ortsteile 111, 112, 121, 122, 124, 125) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 50, 52), vom Stadtbezirk Süd Stadtteil Neustadt die Ortsteile Alte Neustadt, Hohentor, Neustadt, Südervorstadt, Gartenstadt Süd, Buntentor, Neuenland (Ortsteile 211 bis 217), Stadtteil Huchting (Ortsteile 241 bis 244), Stadtteil Woltmershausen (Ortsteile 251, 252), Ortsteil Seehausen (Ortsteil 261), Ortsteil Strom (Ortsteil 271) (Übrige Stadt- und Ortsteile s. Wkr. 50)
52	Bremerhaven — Bremen-Nord	Kreisfreie Stadt Bremerhaven, von der kreisfreien Stadt Bremen der Stadtbezirk Nord (Ortsteile 511 bis 535), vom Stadtbezirk Mitte, Stadtteil Häfen der Ortsteil Stadtbremisches Überseehafengebiet Bremerhaven (Ortsteil 123) (Übrige Ortsteile s. Wkr. 50, 51)
		Nordrhein-Westfalen
53	Aachen	Kreisfreie Stadt Aachen
54	Kreis Aachen	Kreis Aachen
55	Heinsberg	Kreis Heinsberg
56	Düren — Erftkreis III	Kreis Düren, vom Erftkreis die Gemeinden Bedburg, Elsdorf (Übrige Gemeinden s. Wkr. 57, 58)
57	Euskirchen — Erftkreis I	Kreis Euskirchen, vom Erftkreis die Gemeinden Bergheim, Erftstadt, Kerpen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 56, 58)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
58	Erftkreis II	Vom Erftkreis die Gemeinden Brühl, Frechen, Hürth, Pulheim, Wesseling (Übrige Gemeinden s. Wkr. 56, 57)
59	Köln I	Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtbezirke 1 Innenstadt, 7 Porz (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 60, 61, 62)
60	Köln II	Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtbezirke 2 Rodenkirchen, 3 Lindenthal (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 59, 61, 62)
61	Köln III	Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtbezirke 4 Ehrenfeld, 5 Nippes, 6 Chorweiler (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 59, 60, 62)
62	Köln IV	Von der kreisfreien Stadt Köln die Stadtbezirke 8 Kalk, 9 Mülheim (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 59, 60, 61)
63	Bonn	Kreisfreie Stadt Bonn
64	Rhein-Sieg-Kreis I	Vom Rhein-Sieg-Kreis die Gemeinden Alfter, Bad Honnef, Bornheim, Königswinter, Meckenheim, Niederkassel, Rheinbach, Sankt Augustin, Swisttal, Troisdorf, Wachtberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 65)
65	Oberbergischer Kreis I — Rhein-Sieg-Kreis II	Vom Oberbergischen Kreis die Gemeinden Bergneustadt, Gummersbach, Marienheide, Morsbach, Nümbrecht, Reichshof, Waldbröl, Wiehl (Übrigen Gemeinden s. Wkr. 66, 68), vom Rhein-Sieg-Kreis die Gemeinden Eitorf, Hennef (Sieg), Lohmar, Much, Neunkirchen-Seelscheid, Ruppichteroth, Siegburg, Windeck (Übrige Gemeinden s. Wkr. 64)
66	Rheinisch-Bergischer Kreis I — Oberbergischer Kreis II	Vom Oberbergischen Kreis die Gemeinden Engelskirchen, Lindlar, Wipperfürth (Übrige Gemeinden s. Wkr. 65, 68), vom Rheinisch-Bergischen Kreis die Gemeinden Bergisch Gladbach, Kürten, Odenthal, Overath, Rösrath (Übrige Gemeinden s. Wkr. 68)
67	Leverkusen — Mettmann III	Kreisfreie Stadt Leverkusen, vom Kreis Mettmann die Gemeinden Langenfeld (Rheinland), Monheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 71, 72)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
68	Remscheid — Oberbergischer Kreis III — Rheinisch-Bergischer Kreis II	Kreisfreie Stadt Remscheid, vom Oberbergischen Kreis die Gemeinden Hückeswagen, Radevormwald (Übrige Gemeinden s. Wkr. 65, 66), vom Rheinisch-Bergischen Kreis die Gemeinden Burscheid, Leichlingen (Rheinland), Wermelskirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 66)
69	Wuppertal I	Von der kreisfreien Stadt Wuppertal die Stadtbezirke 1 Vohwinkel, 2 Elberfeld West, 3 Elberfeld, 8 Uellendahl-Katernberg, 9 Cronenberg (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 70)
70	Wuppertal II	Von der kreisfreien Stadt Wuppertal die Stadtbezirke 4 Barmen, 5 Oberbarmen, 6 Heckinghausen, 7 Langerfeld, 10 Ronsdorf (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 69)
71	Solingen — Mettmann II	Kreisfreie Stadt Solingen, vom Kreis Mettmann die Gemeinden Erkrath, Haan, Hilden (Übrige Gemeinden s. Wkr. 67, 72)
72	Mettmann I	Vom Kreis Mettmann die Gemeinden Heiligenhaus, Mettmann, Ratingen, Velbert, Wülfrath (Übrige Gemeinden s. Wkr. 67, 71)
73	Düsseldorf I	Von der kreisfreien Stadt Düsseldorf die Stadtbezirke 1, 4, 5, 6 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 74, 75)
74	Düsseldorf II	Von der kreisfreien Stadt Düsseldorf die Stadtbezirke 2, 7, 8, vom Stadtbezirk 3 der Stadtteil Oberbilk (Übrige Stadtbezirke und Stadtteile s. Wkr. 73, 75)
75	Düsseldorf III	Von der kreisfreien Stadt Düsseldorf die Stadtbezirke 9, 10, vom Stadtbezirk 3 die Stadtteile Bilk, Flehe, Friedrichstadt, Hafen, Hamm, Unterbilk, Vollmerswerth (Übrige Stadtbezirke und Stadtteile s. Wkr. 73, 74)
76	Neuss I	Vom Kreis Neuss die Gemeinden Meerbusch, Neuss (Übrige Gemeinden s. Wkr. 77)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
77	Neuss II	Vom Kreis Neuss die Gemeinden Dormagen, Grevenbroich, Jüchen, Kaarst, Korschenbroich, Rommerskirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 76)
78	Mönchengladbach	Kreisfreie Stadt Mönchengladbach
79	Krefeld	Kreisfreie Stadt Krefeld
80	Viersen	Kreis Viersen
81	Wesel II	Vom Kreis Wesel die Gemeinden Alpen, Kamp-Lintfort, Moers, Neukirchen-Vluyn, Rheinberg, Sonsbeck, Xanten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 83)
82	Kleve	Kreis Kleve
83	Wesel I	Vom Kreis Wesel die Gemeinden Dinslaken, Hamminkeln, Hünxe, Schermbeck, Voerde (Niederrhein), Wesel (Übrige Gemeinden s. Wkr. 81)
84	Oberhausen	Kreisfreie Stadt Oberhausen
85	Mülheim	Kreisfreie Stadt Mülheim a. d. Ruhr
86	Essen I	Von der kreisfreien Stadt Essen die Stadtbezirke 3, 4 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 87, 88)
87	Essen II	Von der kreisfreien Stadt Essen die Stadtbezirke 5, 6, 7 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 86, 88)
88	Essen III	Von der kreisfreien Stadt Essen die Stadtbezirke 1, 2, 8, 9 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 86, 87)
89	Duisburg I	Von der kreisfreien Stadt Duisburg die Stadtbezirke A Walsum, B Hamborn, C Meiderich/Beeck, D Homberg/Ruhrort (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 90)
90	Duisburg II	Von der kreisfreien Stadt Duisburg die Stadtbezirke E Innenstadt, F Rheinhausen, G Süd (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 89)
91	Borken	Kreis Borken

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
92	Steinfurt II	Vom Kreis Steinfurt die Gemeinden Emsdetten, Greven, Hörstel, Hopsten, Ibbenbüren, Ladbergen, Lengerich, Lienen, Lotte, Mettingen, Recke, Rheine, Saerbeck, Tecklenburg, Westerkappeln (Übrige Gemeinden s. Wkr. 95)
93	Warendorf	Kreis Warendorf
94	Münster	Kreisfreie Stadt Münster
95	Coesfeld I — Steinfurt I	Vom Kreis Coesfeld die Gemeinden Billerbeck, Coesfeld, Dülmen, Havixbeck, Nottuln, Rosendahl (Übrige Gemeinden s. Wkr. 108), vom Kreis Steinfurt die Gemeinden Altenberge, Horstmar, Laer, Metelen, Neuenkirchen, Nordwalde, Ochtrup, Steinfurt, Wettringen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 92)
96	Gelsenkirchen I	Von der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen die Stadtbezirke Gelsenkirchen 1 (Mitte), Gelsenkirchen 3 (West), Gelsenkirchen 5 (Süd) (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 97)
97	Gelsenkirchen II — Recklinghausen III	Von der kreisfreien Stadt Gelsenkirchen die Stadtbezirke Gelsenkirchen 2 (Nord), Gelsenkirchen 4 (Ost) (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 96), vom Kreis Recklinghausen die Gemeinde Herten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 98, 99, 100)
98	Recklinghausen II	Vom Kreis Recklinghausen die Gemeinden Datteln, Dorsten, Haltern, Marl, Oer-Erkenschwick (Übrige Gemeinden s. Wkr. 97, 99, 100)
99	Recklinghausen I	Vom Kreis Recklinghausen die Gemeinden Castrop-Rauxel, Recklinghausen, Waltrop (Übrige Gemeinden s. Wkr. 97, 98, 100)
100	Bottrop — Recklinghausen IV	Kreisfreie Stadt Bottrop, vom Kreis Recklinghausen die Gemeinde Gladbeck (Übrige Gemeinden s. Wkr. 97, 98, 99)
101	Höxter — Paderborn II	Kreis Höxter, vom Kreis Paderborn die Gemeinden Büren, Lichtenau, Salzkotten, Wünnenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 105)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
102	Gütersloh I	Vom Kreis Gütersloh die Gemeinden Borgholzhausen, Gütersloh, Halle (Westf.), Harsewinkel, Schloß Holte-Stukenbrock, Steinhagen, Verl, Versmold, Werther (Westf.) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 105)
103	Bielefeld	Kreisfreie Stadt Bielefeld
104	Lippe I	Vom Kreis Lippe die Gemeinden Augustdorf, Bad Salzuflen, Barntrup, Blomberg, Detmold, Dörentrup, Horn-Bad Meinberg, Lage, Lemgo, Leopoldshöhe, Lügde, Oerlinghausen, Schieder-Schwalenberg, Schlangen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 106)
105	Paderborn I — Gütersloh II	Vom Kreis Gütersloh die Gemeinden Herzebrock, Langenberg, Rheda-Wiedenbrück, Rietberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 102), vom Kreis Paderborn die Gemeinden Altenbeken, Bad Lippspringe, Borchen, Delbrück, Hövelhof, Paderborn (Übrige Gemeinden s. Wkr. 101)
106	Herford — Lippe II	Kreis Herford, vom Kreis Lippe die Gemeinden Extertal, Kalletal (Übrige Gemeinden s. Wkr. 104)
107	Minden-Lübbecke	Kreis Minden-Lübbecke
108	Hamm — Coesfeld II — Unna II	Kreisfreie Stadt Hamm, vom Kreis Coesfeld die Gemeinden Ascheberg, Lüdinghausen, Nordkirchen, Olfen, Senden (Übrige Gemeinden s. Wkr. 95), vom Kreis Unna die Gemeinden Selm, Werne a. d. Lippe (Übrige Gemeinden s. Wkr. 117, 121)
109	Herne	Kreisfreie Stadt Herne
110	Ennepe-Ruhr-Kreis I	Vom Ennepe-Ruhr-Kreis die Gemeinden Breckerfeld, Ennepetal, Gevelsberg, Hattingen, Herdecke, Schwelm, Sprockhövel, Wetter (Ruhr) (Übrige Gemeinde s. Wkr. 116)
111	Hagen	Kreisfreie Stadt Hagen

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
112	Dortmund I	Von der kreisfreien Stadt Dortmund die Stadtbezirke Aplerbeck, Hörde, Hombruch, Lütgendortmund (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 113, 114)
113	Dortmund II	Von der kreisfreien Stadt Dortmund die Stadtbezirke Huckarde, Innenstadt-Nord, Innenstadt-Ost, Innenstadt-West (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 112, 114)
114	Dortmund III	Von der kreisfreien Stadt Dortmund die Stadtbezirke Brackel, Eving, Mengede, Scharnhorst (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 112, 113)
115	Bochum II	Von der kreisfreien Stadt Bochum die Stadtbezirke 1 Bochum-Mitte, 2 Bochum-Wattenscheid, 6 Bochum-Südwest (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 116)
116	Bochum I — Ennepe-Ruhr-Kreis II	Von der kreisfreien Stadt Bochum die Stadtbezirke 3 Bochum-Nord, 4 Bochum-Ost, 5 Bochum-Süd (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 115), vom Ennepe-Ruhr-Kreis die Gemeinde Witten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 110)
117	Märkischer Kreis II — Unna III	Vom Märkischen Kreis die Gemeinden Hemer, Iserlohn, Menden (Übrige Gemeinden s. Wkr. 122), vom Kreis Unna die Gemeinde Schwerte (Übrige Gemeinden s. Wkr. 108, 121)
118	Soest II — Hochsauerlandkreis III	Vom Hochsauerlandkreis die Gemeinden Brilon, Hallenberg, Marsberg, Medebach, Olsberg, Winterberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 119, 120), vom Kreis Soest die Gemeinden Anröchte, Erwitte, Geseke, Lippstadt, Rüthen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 120)
119	Olpe — Hochsauerlandkreis I	Kreis Olpe, vom Hochsauerlandkreis die Gemeinden Bestwig, Eslohe (Sauerland), Meschede, Schmallenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 118, 120)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
120	Soest I — Hochsauerlandkreis II	Vom Hochsauerlandkreis die Gemeinden Arnsberg, Sundern (Sauerland) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 118, 119), vom Kreis Soest die Gemeinden Bad Sassendorf, Ense, Lippetal, Möhnesee, Soest, Warstein, Welver, Werl, Wickede (Ruhr) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 118)
121	Unna I	Vom Kreis Unna die Gemeinden Bergkamen, Bönen, Fröndenberg, Holzwickede, Kamen, Lünen, Unna (Übrige Gemeinden s. Wkr. 117, 108)
122	Märkischer Kreis I	Vom Märkischen Kreis die Gemeinden Altena, Balve, Halver, Herscheid, Kierspe, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Nachrodt-Wiblingwerde, Neuenrade, Plettenberg, Schalksmühle, Werdohl (Übrige Gemeinden s. Wkr. 117)
123	Siegen	Kreis Siegen
		Hessen
124	Waldeck	Vom Landkreis Kassel die Gemeinden Bad Karlshafen, Breuna, Calden, Emstal, Grebenstein, Habichtswald, Hofgeismar, Immenhausen, Liebenau, Naumburg, Oberweser, Reinhardshagen, Trendelburg, Wahlsburg, Wolfhagen, Zierenberg und der Gutsbezirk Reinhardswald (Übrige Gemeinden s. Wkr. 125, 126), vom Landkreis Waldeck-Frankenberg die Gemeinden Arolsen, Bad Wildungen, Diemelsee, Diemelstadt, Edertal, Korbach, Lichtenfels, Twistetal, Volkmarsen, Waldeck, Willingen (Upland) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 127)
125	Kassel	Kreisfreie Stadt Kassel, vom Landkreis Kassel die Gemeinden Ahnatal, Espenau, Fuldatal, Vellmar (Übrige Gemeinden s. Wkr. 124, 126)
126	Werra — Meißner	Werra-Meißner-Kreis, vom Landkreis Kassel die Gemeinden Baunatal, Fuldabrück, Helsa, Kaufungen, Lohfelden, Nieste, Niestetal, Schauenburg, Söhrewald (Übrige Gemeinden s. Wkr. 124, 125)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
127	Schwalm — Eder	Vom Schwalm-Eder-Kreis die Gemeinden Borken (Hessen), Edermünde, Frielendorf, Fritzlar, Gilserberg, Gudensberg, Homberg (Efze), Jesberg, Knüllwald, Neuental, Neukirchen, Niedenstein, Oberaula, Ottrau, Schrecksbach, Schwalmstadt, Schwarzenborn, Wabern, Willingshausen, Zwesten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 128), vom Landkreis Waldeck-Frankenberg die Gemeinden Allendorf (Eder), Battenberg (Eder), Bromskirchen, Burgwald, Frankenau, Frankenberg (Eder), Gemünden (Wohra), Haina (Kloster), Hatzfeld (Eder), Rosenthal, Vöhl (Übrige Gemeinden s. Wkr. 124)
128	Hersfeld	Landkreis Hersfeld-Rotenburg, vom Landkreis Fulda die Gemeinden Burghaun, Eiterfeld, Hünfeld, Nüsttal, Rasdorf (Übrige Gemeinden s. Wkr. 132), vom Schwalm-Eder-Kreis die Gemeinden Felsberg, Guxhagen, Körle, Malsfeld, Melsungen, Morschen, Spangenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 127)
129	Marburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
130	Wetzlar *)	Vom Lahn-Dill-Kreis die Gemeinden Aßlar, Biebertal, Bischoffen, Braunfels, Breitscheid, Dietzhölztal, Dillenburg, Driedorf, Ehringshausen, Eschenburg, Greifenstein, Haiger, Herborn, Hohenahr, Hüttenberg, Leun, Mittenaar, Schöffengrund, Siegbach, Sinn, Solms, Waldsolms (Übrige Gemeinden s. Wkr. 131), von der kreisfreien Stadt Lahn die Stadtteile Allendorf/Lahn, Atzbach, Blasbach, Dorlar, Dutenhofen, Garbenheim, Hermannstein, Krofdorf-Gleiberg, Launsbach, Lützellinden, Münchholzhausen, Naubom, Naunheim, Steindorf, Waldgirmes, Wetzlar, Wißmar (Übrige Stadtteile s. Wkr. 131)
131	Gießen *)	Von der kreisfreien Stadt Lahn die Stadtteile Gießen, Heuchelheim, Kinzenbach, Rödgen, Wieseck (Übrige Stadtteile s. Wkr. 130), vom Lahn-Dill-Kreis die Gemeinden Allendorf (Lumda), Buseck, Fernwald, Grünberg, Hungen, Langgöns, Laubach, Lich, Linden, Lollar, Pohlheim, Rabenau, Reiskirchen, Staufenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 130),

*) Vorläufige Bezeichnung bis zur Neugliederung der Stadt Lahn und des Lahn-Dill-Kreises.

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Alsfeld, Antrifttal, Feldatal, Gemünden (Felda), Grebenau, Homberg (Ohm), Kirtorf, Mücke, Romrod, Schwalmtal (Übrige Gemeinden s. Wkr. 132)
132	Fulda	Vom Landkreis Fulda die Gemeinden Bad Salzschlirf, Dipperz, Ebersburg, Ehrenberg (Rhön), Eichenzell, Flieden, Fulda, Gersfeld (Rhön), Großenlüder, Hilders, Hofbieber, Hosenfeld, Kalbach, Künzell, Neuhof, Petersberg, Poppenhausen (Wasserkuppe), Tann (Rhön) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 128), vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Soden-Salmünster, Birstein, Brachtal, Schlüchtern, Sinntal, Steinau an der Straße, Wächtersbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 137), vom Vogelsbergkreis die Gemeinden Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lauterbach, Lautertal, Schlitz, Schotten, Ulrichstein, Wartenberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 131)
133	Hochtaunus	Hochtaunuskreis, vom Landkreis Limburg-Weilburg die Gemeinden Beselich, Löhnberg, Mengerskirchen, Merenberg, Runkel, Villmar, Weilburg, Weilmünster, Weinbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 135), vom Main-Taunus-Kreis die Gemeinden Eppstein, Kelkheim (Taunus) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 138, 141)
134	Wetterau	Wetteraukreis
135	Rheingau-Taunus-Limburg	Rheingau-Taunus-Kreis, vom Landkreis Limburg-Weilburg die Gemeinden Brechen, Camberg, Dornburg, Elbtal, Elz, Hadamar, Hünfelden, Limburg a. d. Lahn, Selters (Taunus), Waldbrunn (Westerwald) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 133)
136	Wiesbaden	Kreisfreie Stadt Wiesbaden
137	Hanau	Vom Main-Kinzig-Kreis die Gemeinden Bad Orb, Biebergemünd, Bruchköbel, Erlensee, Flörsbachtal, Freigericht, Gelnhausen, Großkrotzenburg, Gründau, Hammersbach, Hanau, Hasselroth, Jossgrund, Langenselbold, Linsengericht, Maintal, Neuberg, Nidderau, Niederdorfelden, Rodenbach, Ronneburg, Schöneck und der Gutsbezirk Spessart (Übrige Gemeinden s. Wkr. 132)

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
138	Frankfurt am Main I — Main–Taunus	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Stadtbezirke 40 (Rödelheim), 41 (Hausen), 42 (Praunheim), 53 I (Schwanheim), 53 II (Teil Siedlung Goldstein), 54 und 55 (Griesheim), 56 (Nied), 57 bis 59 (Höchst), 60 (Sindlingen), 61 (Zeilsheim), 62 (Unterliederbach), 63 (Sossenheim) (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 139, 140), vom Main-Taunus-Kreis die Gemeinden Bad Soden am Taunus, Eschborn, Hattersheim am Main, Kriftel, Liederbach, Schwalbach am Taunus, Sulzbach (Taunus) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 133, 141)
139	Frankfurt am Main II	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Stadtbezirke 1 bis 3 (Altstadt), 4 bis 8 (Innenstadt), 9 (Bahnhofsviertel), 10, 11, 17 bis 19 (Westend), 15, 16 I, II, IV und V (Gutleut- und Gallusviertel), 16 III, 34 bis 36 (Bockenheim), 30 bis 33 (Sachsenhausen), 37 (Niederrad) und 53 III (Teil Goldstein), 43 (Heddernheim), 44 I (Ginnheim), 44 II (Dornbusch-West), 45 (Eschersheim), 48 (Niederursel), 65 (Kalbach) (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 138, 140)
140	Frankfurt am Main III	Von der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main die Stadtbezirke 12, 13, 20 bis 23 (Nordend), 14 und 25 (Ostend), 24, 27 bis 29 (Bornheim), 26 I (Osthafengebiet), 26 II (Riederwald), 38 (Oberrad), 39 (Seckbach), 46 I (Eckenheim), 46 II und III (Dornbusch-Ost), 47 (Preungesheim), 49 I (Bonames), 49 II (Frankfurter Berg), 50 (Berkersheim), 51 und 52 (Fechenheim), 64 (Nieder-Erlenbach), 66 (Harheim), 67 (Nieder-Eschbach), 68 (Bergen-Enkheim) (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 138, 139)
141	Groß-Gerau	Landkreis Groß-Gerau, vom Main-Taunus-Kreis die Gemeinden Flörsheim am Main, Hochheim am Main, Hofheim am Taunus (Übrige Gemeinden s. Wkr. 133, 138)
142	Offenbach	Kreisfreie Stadt Offenbach am Main, vom Landkreis Offenbach die Gemeinden Dreieich, Egelsbach, Heusenstamm, Langen, Mühlheim am Main, Neu-Isenburg, Obertshausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 144)
143	Darmstadt	Kreisfreie Stadt Darmstadt, vom Landkreis Darmstadt-Dieburg die Gemeinden Alsbach-Hähnlein, Bickenbach, Erzhausen, Griesheim, Messel, Modautal, Mühltal, Ober-Ramstadt, Pfungstadt, Roßdorf, Seeheim-Jugenheim, Weiterstadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 144)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
144	Odenwald	Odenwaldkreis, vom Landkreis Darmstadt-Dieburg die Gemeinden Babenhausen, Dieburg, Eppertshausen, Fischbachtal, Groß-Bieberau, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Münster, Otzberg, Reinheim, Schaafheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 143), vom Landkreis Offenbach die Gemeinden Dietzenbach, Hainburg, Mainhausen, Rodgau, Rödermark, Seligenstadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 142)
145	Bergstraße	Landkreis Bergstraße
		Rheinland-Pfalz
146	Neuwied	Landkreise Altenkirchen (Westerwald), Neuwied
147	Ahrweiler	Landkreis Ahrweiler, vom Landkreis Mayen-Koblenz die verbandsfreien Gemeinden Andernach, Mayen, die Verbandsgemeinden Andernach-Land (= Gemeinden Kretz, Kruft, Nickenich, Plaidt, Saffig), Maifeld (= Gemeinden Einig, Gappenach, Gering, Gierschnach, Kalt, Kerben, Kollig, Lonnig, Mertloch, Münstermaifeld, Naunheim, Ochtendung, Pilllig, Polch, Rüber, Welling, Wierschem), Mayen-Land (= Gemeinden Acht, Anschau, Arft, Baar, Bermel, Boos, Ditscheid, Ettringen, Hausten, Herresbach, Hirten, Kehrig, Kirchwald, Kottenheim, Langenfeld, Langscheid, Lind, Luxem, Monreal, Münk, Nachtsheim, Reudelsterz, Sankt Johann, Siebenbach, Virneburg, Weiler, Welschenbach), Mendig (= Gemeinden Bell, Mendig, Rieden, Thür, Volkesfeld) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 148)
148	Koblenz	Kreisfreie Stadt Koblenz, vom Landkreis Mayen-Koblenz die verbandsfreie Gemeinde Bendorf, die Verbandsgemeinden Rhens (= Gemeinden Brey, Rhens, Spay, Waldesch), Untermosel (= Gemeinden Alken, Brodenbach, Burgen, Dieblich, Kobern-Gondorf, Lehmen, Löf, Macken, Niederfell, Nörtershausen, Oberfell, Winningen, Wolken), Vallendar (= Gemeinden Niederwerth, Urbar, Vallendar, Weitersburg), Weißenthurm (= Gemeinden Bassenheim, Kaltenengers, Kettig, Mülheim-Kärlich, Sankt Sebastian, Urmitz, Weißenthurm) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 147),

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
		vom Rhein-Hunsrück-Kreis die verbandsfreie Gemeinde Boppard, die Verbandsgemeinden Emmelshausen (= Gemeinden Badenhard, Beulich, Bickenbach, Birkheim, Dörth, Emmelshausen, Gondershausen, Halsenbach, Hausbay, Hungenroth, Karbach, Kratzenburg, Leiningen-Lamscheid, Lingerhahn, Maisborn, Mermuth, Morshausen, Mühlpfad, Ney, Niedert, Norath, Pfalzfeld, Schwall, Thörlingen, Utzenhain), Sankt Goar-Oberwesel (= Gemeinden Damscheid, Laudert, Niederburg, Oberwesel, Perscheid, Sankt Goar, Wiebelsheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 149)
149	Cochem	Landkreis Cochem-Zell, vom Landkreis Bernkastel-Wittlich die verbandsfreie Gemeinde Morbach, die Verbandsgemeinden Bernkastel-Kues (= Gemeinden Bernkastel-Kues, Brauneberg, Burgen, Erden, Gornhausen, Graach an der Mosel, Hochscheid, Kesten, Kleinich, Kommen, Lieser, Lösnich, Longkamp, Maring-Noviand, Monzelfeld, Mülheim (Mosel), Ürzig, Veldenz, Wintrich, Zeltingen-Rachtig), Neumagen-Dhron (= Gemeinden Minheim, Neumagen-Dhron, Piesport, Trittenheim), Thalfang (= Gemeinden Berglicht, Breit, Büdlich, Burtscheid, Deuselbach, Dhronecken, Etgert, Gielert, Gräfendhron, Heidenburg, Hilscheid, Horath, Immert, Lückenburg, Malborn, Merschbach, Neunkirchen, Rorodt, Schönberg, Talling, Thalfang), Traben-Trarbach (= Gemeinden Burg [Mosel], Enkirch, Irmenach, Lötzbeuren, Starkenburg, Traben-Trarbach) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 151), vom Rhein-Hunsrück-Kreis die Verbandsgemeinden Kastellaun (= Gemeinden Alterkülz, Bell [Hunsrück], Beltheim, Braunshorn, Buch, Dommershausen, Gödenroth, Hasselbach, Hollnich, Kastellaun, Korweiler, Mastershausen, Michelbach, Roth, Spesenroth, Uhler), Kirchberg (Hunsrück) (= Gemeinden Bärenbach, Belg, Büchenbeuren, Dickenschied, Dill, Dillendorf, Gehlweiler, Gemünden, Hahn, Hecken, Heinzenbach, Henau, Hirchfeld [Hunsrück], Kappel, Kirchberg [Hunsrück], Kludenbach, Laufersweiler, Lautzenhausen, Lindenschied, Maitzborn, Metzenhausen, Nieder Kostenz, Niedersohren, Niederweiler, Ober Kostenz, Raversbeuren, Reckershausen, Rödelhausen, Rödern, Rohrbach, Schlierschied, Schwarzen, Sohren, Sohrschied, Todenroth, Unzenberg, Wahlenau, Womrath, Woppenroth, Würrich), Rheinböllen (= Gemeinden Argenthal, Benzweiler, Dichtelbach, Ellern [Hunsrück], Erbach, Kisselbach, Liebshausen, Mörschbach, Rheinböllen, Riesweiler, Schorbach, Steinbach), Simmern (= Gemeinden Altweidelbach, Belgweiler, Bergenhausen, Biebern, Bubach, Budenbach, Fronhofen, Holzbach, Horn, Keidelheim, Klosterkumbd, Külz [Hunsrück], Kümbdchen, Laubach,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Mengerschied, Mutterschied, Nannhausen, Neuerkirch, Niederkumbd, Ohlweiler, Oppertshausen, Pleizenhausen, Ravengiersburg, Rayerschied, Reich, Riegenroth, Sargenroth, Schönborn, Simmern, Tiefenbach, Wahlbach, Wüschheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 148)
150	Kreuznach	Landkreise Bad Kreuznach, Birkenfeld
151	Bitburg	Landkreise Bitburg-Prüm, Daun, vom Landkreis Bernkastel-Wittlich die verbandsfreie Gemeinde Wittlich, die Verbandsgemeinden Kröv-Bausendorf (= Gemeinden Bausendorf, Bengel, Diefenbach, Flußbach, Hontheim, Kinderbeuern, Kinheim, Kröv, Reil, Willwerscheid), Manderscheid (= Gemeinden Bettenfeld, Dierfeld, Eckfeld, Eisenschmitt, Gipperath, Greimerath, Großlittgen, Hasborn, Karl, Laufeld, Manderscheid, Meerfeld, Musweiler, Niederöfflingen, Niederscheidweiler, Oberöfflingen, Oberscheidweiler, Pantenburg, Schladt, Schwarzenborn, Wallscheid), Wittlich-Land (= Gemeinden Altrich, Arenrath, Bergweiler, Binsfeld, Bruch, Dierscheid, Dodenburg, Dreis, Esch, Gladbach, Greverath, Heckenmünster, Heidweiler, Hetzerath, Hupperath, Klausen, Landscheid, Minderlittgen, Niersbach, Osann-Monzel, Platten, Plein, Rivenich, Salmtal, Sehlem) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 149)
152	Trier	Kreisfreie Stadt Trier, Landkreis Trier-Saarburg
153	Montabaur	Rhein-Lahn-Kreis, Westerwaldkreis
154	Mainz	Kreisfreie Stadt Mainz, vom Landkreis Mainz-Bingen die verbandsfreien Gemeinden Bingen, Budenheim, Ingelheim am Rhein, die Verbandsgemeinden Bingen-Land (= Gemeinden Bacharach, Breitscheid, Manubach, Münster-Sarmsheim, Niederheimbach, Oberdiebach, Oberheimbach, Trechtingshausen, Waldalgesheim, Weiler bei Bingen), Gau-Algesheim (= Gemeinden Appenheim, Bubenheim, Engelstadt, Gau-Algesheim, Nieder-Hilbersheim, Ober-Hilbersheim, Ockenheim, Schwabenheim a. d. Selz), Heidesheim am Rhein (= Gemeinden Heidesheim am Rhein, Wackernheim), Nieder-Olm (= Gemeinden Essenheim, Jugenheim in Rheinhessen, Klein-Winternheim, Nieder-Olm, Ober-Olm, Sörgenloch, Stadecken-Elsheim, Zornheim),

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Sprendlingen-Gensingen (= Gemeinden Aspisheim, Badenheim, Gensingen, Grolsheim, Horrweiler, Sankt Johann, Sprendlingen, Welgesheim, Wolfsheim, Zotzenheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 155)
155	Worms	Kreisfreie Stadt Worms, Landkreis Alzey-Worms, vom Landkreis Mainz-Bingen die Verbandsgemeinden Bodenheim (= Gemeinden Bodenheim, Gau-Bischofsheim, Harxheim, Lörzweiler, Nackenheim), Guntersblum (= Gemeinden Dolgesheim, Dorn-Dürkheim, Eimsheim, Guntersblum, Hillesheim, Ludwigshöhe, Uelversheim, Weinolsheim, Wintersheim), Nierstein-Oppenheim (= Gemeinden Dalheim, Dexheim, Dienheim, Friesenheim, Hahnheim, Köngernheim, Mommenheim, Nierstein, Oppenheim, Selzen, Undenheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 154)
156	Frankenthal	Kreisfreie Stadt Frankenthal (Pfalz), Donnersbergkreis, vom Landkreis Bad Dürkheim die verbandsfreie Gemeinde Grünstadt, die Verbandsgemeinden Grünstadt-Land (= Gemeinden Battenberg [Pfalz], Bissersheim, Bockenheim an der Weinstraße, Dirmstein, Ebertsheim, Gerolsheim, Großkarlbach, Kindenheim, Kirchheim an der Weinstraße, Kleinkarlbach, Laumersheim, Mertesheim, Neuleiningen, Obersülzen, Obrigheim [Pfalz], Quirnheim), Hettenleidelheim (= Gemeinden Altleiningen, Carlsberg, Hettenleidelheim, Tiefenthal, Wattenheim) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 158), vom Landkreis Ludwigshafen die verbandsfreien Gemeinden Bobenheim-Roxheim, Lambsheim, die Verbandsgemeinden Heßheim (= Gemeinden Beindersheim, Großniedesheim, Heßheim, Heuchelheim b. Frankenthal, Kleinniedesheim), Maxdorf (= Gemeinden Birkenheide, Fußgönheim, Maxdorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 157, 158)
157	Ludwigshafen	Kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein, vom Landkreis Ludwigshafen die verbandsfreien Gemeinden Altrip, Böhl-Iggelheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Neuhofen,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		die Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim (= Gemeinden Dannstadt-Schauernheim, Hochdorf-Assenheim, Rödersheim-Gronau) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156, 158)
158	Neustadt — Speyer	Kreisfreie Städte Neustadt an der Weinstraße, Speyer, vom Landkreis Bad Dürkheim die verbandsfreien Gemeinden Bad Dürkheim, Haßloch, die Verbandsgemeinden Deidesheim (= Gemeinden Deidesheim, Forst an der Weinstraße, Meckenheim, Niederkirchen b. Deidesheim, Ruppertsberg), Freinsheim (= Gemeinden Bobenheim a. Berg, Dackenheim, Erpolzheim, Freinsheim, Herxheim a. Berg, Kallstadt, Weisenheim a. Berg, Weisenheim a. Sand), Lambrecht (Pfalz) (= Gemeinden Elmstein, Esthal, Frankeneck, Lambrecht [Pfalz], Lindenberg, Neidenfels, Weidenthal), Wachenheim an der Weinstraße (= Gemeinden Ellerstadt, Friedelsheim, Gönnheim, Wachenheim an der Weinstraße) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156), vom Landkreis Ludwigshafen die verbandsfreien Gemeinden Römerberg, Schifferstadt, die Verbandsgemeinden Dudenhofen (= Gemeinden Dudenhofen, Hanhofen, Harthausen), Waldsee (= Gemeinden Otterstadt, Waldsee) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 156, 157)
159	Kaiserslautern	Kreisfreie Stadt Kaiserslautern, Landkreise Kaiserslautern, Kusel
160	Pirmasens	Kreisfreie Städte Pirmasens, Zweibrücken, Landkreis Pirmasens
161	Landau	Kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz, Landkreise Germersheim, Südliche Weinstraße
		Baden-Württemberg
162	Stuttgart-Süd	Vom Stadtkreis Stuttgart die Stadtbezirke Birkach mit Kleinhohenheim und Schönberg, Degerloch mit Hoffeld, Hedelfingen mit Lederberg und Rohracker, Möhringen mit Fasanenhof und Sonnenberg,

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		Plieningen mit Asemwald, Hohenheim und Steckfeld, Sillenbuch mit Heumaden und Riedenberg, Stuttgart-Mitte, Stuttgart-Nord, Stuttgart-Süd mit Kaltental, Stuttgart-West mit Rotwildpark, Schwarzwildpark und Solitude, Vaihingen mit Büsnau, Dürrlewang und Rohr (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 163)
163	Stuttgart-Nord	Vom Stadtkreis Stuttgart die Stadtbezirke Bad Cannstatt mit Burgholzhof, Sommerrain und Steinhaldenfeld, Botnang, Feuerbach, Mühlhausen mit Freiberg, Hofen, Mönchfeld und Neugereut, Münster, Obertürkheim mit Uhlbach, Stammheim, Stuttgart-Ost mit Frauenkopf, Untertürkheim mit Luginsland und Rotenberg, Wangen, Weilimdorf mit Bergheim, Giebel, Hausen und Wolfbusch, Zuffenhausen mit Neuwirtshaus, Rot und Zazenhausen (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 162)
164	Böblingen	Landkreis Böblingen
165	Esslingen	Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichwald, Altbach, Baltmannsweiler, Deizisau, Denkendorf, Esslingen am Neckar, Hochdorf, Köngen, Lichtenwald, Neuhausen auf den Fildern, Ostfildern, Plochingen, Reichenbach an der Fils, Wendlingen am Neckar, Wernau (Neckar) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 166)
166	Nürtingen	Vom Landkreis Esslingen die Gemeinden Aichtal, Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Beuren, Bissingen an der Teck, Dettingen unter Teck, Erkenbrechtsweiler, Filderstadt, Frickenhausen, Großbettlingen, Holzmaden, Kirchheim unter Teck, Kohlberg, Leinfelden-Echterdingen, Lenningen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen, Neidlingen, Neuffen, Notzingen, Nürtingen, Oberboihingen, Ohmden, Owen, Schlaitdorf, Unterensingen, Weilheim an der Teck, Wolfschlugen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 165)
167	Göppingen	Landkreis Göppingen
168	Waiblingen	Vom Rems-Murr-Kreis die Gemeinden Alfdorf, Berglen, Fellbach, Kaisersbach, Kernen im Remstal, Korb, Leutenbach, Plüderhausen, Remshalden, Rudersberg,

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
		Schorndorf, Schwaikheim, Urbach, Waiblingen, Weinstadt, Welzheim, Winnenden, Winterbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 173)
169	Ludwigsburg	Vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden Asperg, Ditzingen, Eberdingen, Gerlingen, Hemmingen, Korntal-Münchingen, Kornwestheim, Ludwigsburg, Markgröningen, Möglingen, Oberriexingen, Remseck am Neckar, Schwieberdingen, Sersheim, Vaihingen an der Enz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 170)
170	Neckar-Zaber	Vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Abstatt, Beilstein, Brackenheim, Cleebronn, Güglingen, Ilsfeld, Lauffen am Neckar, Neckarwestheim, Nordheim, Pfaffenhofen, Untergruppenbach, Zaberfeld (Übrige Gemeinden s. Wkr. 171), vom Landkreis Ludwigsburg die Gemeinden Affalterbach, Benningen am Neckar, Besigheim, Bietigheim-Bissingen, Bönnigheim, Erdmannhausen, Erligheim, Freiberg am Neckar, Freudental, Gemmrigheim, Großbottwar, Hessigheim, Ingersheim, Kirchheim am Neckar, Löchgau, Marbach am Neckar, Mundelsheim, Murr, Oberstenfeld, Pleidelsheim, Sachsenheim, Steinheim an der Murr, Tamm, Walheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 169)
171	Heilbronn	Stadtkreis Heilbronn, vom Landkreis Heilbronn die Gemeinden Bad Friedrichshall, Bad Rappenau, Bad Wimpfen, Eberstadt, Ellhofen, Eppingen, Erlenbach, Flein, Gemmingen, Gundelsheim, Hardthausen am Kocher, Ittlingen, Jagsthausen, Kirchardt, Langenbrettach, Lehrensteinsfeld, Leingarten, Löwenstein, Massenbachhausen, Möckmühl, Neckarsulm, Neudenau, Neuenstadt am Kocher, Obersulm, Oedheim, Offenau, Roigheim, Schwaigern, Siegelsbach, Talheim, Untereisesheim, Weinsberg, Widdern, Wüstenrot (Übrige Gemeinden s. Wkr. 170)
172	Schwäbisch Hall	Hohenlohekreis, Landkreis Schwäbisch Hall
173	Backnang — Schwäbisch Gmünd	Vom Ostalbkreis die Gemeinden Abtsgmünd, Bartholomä, Böbingen an der Rems, Durlangen, Eschach, Göggingen, Gschwend, Heubach, Heuchlingen, Iggingen, Leinzell, Lorch, Mögglingen, Mutlangen, Obergröningen, Ruppertshofen, Schechingen, Schwäbisch Gmünd, Spraitbach, Täferrot, Waldstetten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 174), vom Rems-Murr-Kreis die Gemeinden Allmersbach im Tal, Althütte, Aspach, Auenwald, Backnang, Burgstetten, Großerlach, Kirchberg an der Murr, Murrhardt, Oppenweiler, Spiegelberg, Sulzbach an der Murr, Weissach im Tal (Übrige Gemeinden s. Wkr. 168)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
174	Aalen — Heidenheim	Landkreis Heidenheim, vom Ostalbkreis die Gemeinden Aalen, Adelmannsfelden, Bopfingen, Ellenberg, Ellwangen (Jagst), Essingen, Hüttlingen, Jagstzell, Kirchheim am Ries, Lauchheim, Neresheim, Neuler, Oberkochen, Rainau, Riesbürg, Rosenberg, Stödtlen, Tannhausen, Unterschneidheim, Westhausen, Wört (Übrige Gemeinden s. Wkr. 173)
175	Karlsruhe-Stadt	Stadtkreis Karlsruhe
176	Karlsruhe-Land	Vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Bad Schönborn, Bretten, Bruchsal, Dettenheim, Eggenstein-Leopoldshafen, Forst, Gondelsheim, Graben-Neudorf, Hambrücken, Karlsbad, Karlsdorf-Neuthard, Kraichtal, Kronau, Kürnbach, Linkenheim-Hochstetten, Marxzell, Oberderdingen, Oberhausen-Rheinhausen, Östringen, Pfinztal, Philippsburg, Stutensee, Sulzfeld, Ubstadt-Weiher, Waghäusel, Waldbronn, Walzbachtal, Weingarten (Baden), Zaisenhausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 177)
177	Rastatt	Stadtkreis Baden-Baden, Landkreis Rastatt, vom Landkreis Karlsruhe die Gemeinden Ettlingen, Malsch, Rheinstetten (Übrige Gemeinden s. Wkr. 176)
178	Heidelberg	Stadtkreis Heidelberg, vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Altlußheim, Brühl, Dossenheim, Eppelheim, Hockenheim, Ketsch, Neulußheim, Oftersheim, Plankstadt, Reilingen, Schwetzingen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 180, 182)
179	Mannheim I	Vom Stadtkreis Mannheim die Stadtbezirke Blumenau, Feudenheim, Gartenstadt, Innenstadt, Jungbusch-Mühlau, Käfertal, Käfertal-Speckweggebiet, Käfertal-Sonnenschein, Käfertal-Süd, Luzenberg, Neckarstadt-Ost, Neckarstadt-West, Oststadt, Sandhofen, Scharhof, Schönau, Schwetzingerstadt, Speckweggebiet, Vogelstang, Waldhof, Waldhof-Speckweggebiet, Wallstadt, Wohlgelegen (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 180)
180	Mannheim II	Vom Stadtkreis Mannheim die Stadtbezirke Almenhof, Casterfeld, Friedrichsfeld, Hochstätt, Lindenhof, Neckarau, Neuhermsheim, Neuostheim, Niederfeld, Pfingstberg, Rheinau, Rheinau-Süd, Seckenheim, Suebenheim (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 179),

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
		vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Edingen-Neckarhausen, Heddesheim, Hemsbach, Hirschberg an der Bergstraße, Ilvesheim, Ladenburg, Laudenbach, Schriesheim, Weinheim (Übrige Gemeinden s. Wkr. 178, 182)
181	Odenwald — Tauber	Main-Tauber-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis
182	Rhein-Neckar	Vom Rhein-Neckar-Kreis die Gemeinden Angelbachtal, Bammental, Dielheim, Eberbach, Epfenbach, Eschelbronn, Gaiberg, Heddesbach, Heiligkreuzsteinach, Helmstadt-Bargen, Leimen, Lobbach, Malsch, Mauer, Meckesheim, Mühlhausen, Neckarbischofsheim, Neckargemünd, Neidenstein, Nußloch, Rauenberg, Reichartshausen, Sandhausen, Sankt Leon-Rot, Schönau, Schönbrunn, Sinsheim, Spechbach, Waibstadt, Walldorf, Wiesenbach, Wiesloch, Wilhelmsfeld, Zuzenhausen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 178, 180)
183	Pforzheim	Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis
184	Calw	Landkreise Calw, Freudenstadt
185	Freiburg	Stadtkreis Freiburg im Breisgau, vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden Au, Bötzingen, Bollschweil, Breisach am Rhein, Ebringen, Ehrenkirchen, Eichstetten, Gottenheim, Horben, Ihringen, March, Merdingen, Merzhausen, Pfaffenweiler, Schallstadt, Sölden, Umkirch, Vogtsburg im Kaiserstuhl, Wittnau (Übrige Gemeinden s. Wkr. 186, 192)
186	Lörrach — Müllheim	Landkreis Lörrach, vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden Auggen, Bad Krozingen, Badenweiler, Ballrechten-Dottingen, Buggingen, Eschbach, Hartheim, Heitersheim, Müllheim, Münstertal/Schwarzwald, Neuenburg am Rhein, Staufen im Breisgau, Sulzburg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 185, 192)
187	Emmendingen — Lahr	Landkreis Emmendingen, vom Ortenaukreis die Gemeinden Ettenheim, Fischerbach, Friesenheim, Gutach (Schwarzwaldbahn), Haslach im Kinzigtal, Hausach, Hofstetten, Hornberg, Kappel-Grafenhausen, Kippenheim, Lahr/Schwarzwald, Mahlberg, Meißenheim, Mühlenbach, Oberwolfach, Ringsheim, Rust, Schuttertal, Schwanau, Seelbach, Steinach, Wolfach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 188)
188	Offenburg	Vom Ortenaukreis die Gemeinden Achern, Appenweiler, Bad Peterstal-Griesbach, Berghaupten, Biberach, Durbach, Gengenbach, Hohberg, Kappelrodeck, Kehl, Lauf, Lautenbach, Neuried, Nordrach, Oberharmersbach, Oberkirch, Offenburg, Ohlsbach, Oppenau, Ortenberg, Ottenhöfen im

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
		Schwarzwald, Renchen, Rheinau, Sasbach, Sasbachwalden, Schutterwald, Seebach, Willstätt, Zell am Harmersbach (Übrige Gemeinden s. Wkr. 187)
189	Rottweil	Landkreise Rottweil, Tuttlingen
190	Schwarzwald-Baar	Schwarzwald-Baar-Kreis
191	Konstanz	Landkreis Konstanz
192	Waldshut	Landkreis Waldshut, vom Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald die Gemeinden Breitnau, Buchenbach, Eisenbach (Hochschwarzwald), Feldberg (Schwarzwald), Friedenweiler, Glottertal, Gundelfingen, Heuweiler, Hinterzarten, Kirchzarten, Lenzkirch, Löffingen, Oberried, Sankt Märgen, Sankt Peter, Schluchsee, Stegen, Titisee-Neustadt (Übrige Gemeinden s. Wkr. 185, 186)
193	Reutlingen	Landkreis Reutlingen
194	Tübingen	Landkreis Tübingen, vom Zollernalbkreis die Gemeinden Bisingen, Burladingen, Grosselfingen, Hechingen, Jungingen, Rangendingen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 198)
195	Ulm	Stadtkreis Ulm, Alb-Donau-Kreis
196	Biberach	Landkreis Biberach, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Achberg, Aichstetten, Aitrach, Amtzell, Argenbühl, Bad Waldsee, Bad Wurzach, Bergatreute, Isny im Allgäu, Kißlegg, Leutkirch im Allgäu, Vogt, Wangen im Allgäu, Wolfegg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 197)
197	Ravensburg — Bodensee	Bodenseekreis, vom Landkreis Ravensburg die Gemeinden Altshausen, Aulendorf, Baienfurt, Baindt, Berg, Bodnegg, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Fronreute, Grünkraut, Guggenhausen, Horgenzell, Hoßkirch, Königseggwald, Ravensburg, Riedhausen, Schlier, Unterwaldhausen, Waldburg, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolpertswende (Übrige Gemeinden s. Wkr. 196)
198	Zollernalb — Sigmaringen	Landkreis Sigmaringen, vom Zollernalbkreis die Gemeinden Albstadt, Balingen, Bitz, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Haigerloch, Hausen am Tann, Meßstetten, Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Straß-

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
		berg, Weilen unter den Rinnen, Winterlingen, Zimmern unter der Burg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 194)
		Bayern
199	Altötting	Landkreise Altötting, Ebersberg, Mühldorf a. Inn
200	Freising	Landkreise Erding, Freising, Pfaffenhofen a. d. Ilm
201	Fürstenfeldbruck	Landkreise Dachau, Fürstenfeldbruck
202	Ingolstadt	Kreisfreie Stadt Ingolstadt, Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen
203	München-Mitte	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 1, 5 bis 13, 19, 21, 26 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 204, 205, 206, 207)
204	München-Nord	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 22, 27, 28, 33 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 203, 205, 206, 207)
205	München-Ost	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 14, 16, 29 bis 32 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 203, 204, 206, 207)
206	München-Süd	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 17, 18, 24, 34, 36, 41 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 203, 204, 205, 207)
207	München-West	Von der kreisfreien Stadt München die Stadtbezirke 20, 23, 25, 35, 37 bis 40 (Übrige Stadtbezirke s. Wkr. 203, 204, 205, 206)
208	München-Land	Landkreis München
209	Rosenheim	Kreisfreie Stadt Rosenheim, Landkreis Rosenheim
210	Starnberg	Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach, Starnberg
211	Traunstein	Landkreise Berchtesgadener Land, Traunstein
212	Weilheim	Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Landsberg a. Lech, Weilheim-Schongau
213	Deggendorf	Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau

Wahlkreis Nr.	Name	Gebiet des Wahlkreises
214	Landshut	Kreisfreie Stadt Landshut, Landkreise Kelheim, Landshut
215	Passau	Kreisfreie Stadt Passau, Landkreis Passau
216	Rottal-Inn	Landkreise Dingolfing-Landau, Rottal-Inn
217	Straubing	Kreisfreie Stadt Straubing, Landkreise Regen, Straubing-Bogen
218	Amberg	Kreisfreie Stadt Amberg, Landkreise Amberg-Sulzbach, Neumarkt i. d. OPf.
219	Regensburg	Kreisfreie Stadt Regensburg, Landkreis Regensburg
220	Schwandorf	Landkreise Cham, Schwandorf
221	Weiden	Kreisfreie Stadt Weiden i. d. OPf., Landkreise Neustadt a. d. Waldnaab, Tirschenreuth
222	Bamberg	Kreisfreie Stadt Bamberg, Landkreis Forchheim, vom Landkreis Bamberg die Gemeinden Hallstadt, Hirschaid, Litzendorf, Oberhaid, Schlüsselfeld, Strullendorf, die Verwaltungsgemeinschaften Bischberg (= Gemeinden Bischberg, Viereth), Breitengüßbach (= Gemeinden Breitengüßbach, Kemmern), Burgebrach (= Gemeinden Burgebrach, Schönbrunn i. Steigerwald), Buttenheim (= Gemeinden Altendorf, Buttenheim), Ebrach (= Gemeinden Burgwindheim, Ebrach), Frensdorf (= Gemeinden Frensdorf, Pettstadt, Pommersfelden), Memmelsdorf (= Gemeinden Gundelsheim, Memmelsdorf), Stegaurach (= Gemeinden Lisberg, Priesendorf, Stegaurach, Walsdorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 226)
223	Bayreuth	Kreisfreie Stadt Bayreuth, Landkreis Bayreuth
224	Coburg	Kreisfreie Stadt Coburg, Landkreise Coburg, Kronach
225	Hof	Kreisfreie Stadt Hof, Landkreise Hof, Wunsiedel i. Fichtelgebirge

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
226	Kulmbach	Landkreise Kulmbach, Lichtenfels, vom Landkreis Bamberg die Gemeinden Heiligenstadt i. OFr., Rattelsdorf, Scheßlitz, Zapfendorf, die Verwaltungsgemeinschaften Baunach (= Gemeinden Baunach, Gerach, Lauter, Reckendorf), Steinfeld (= Gemeinden Königsfeld, Stadelhofen, Wattendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 222)
227	Ansbach	Kreisfreie Stadt Ansbach, Landkreis Ansbach
228	Erlangen	Kreisfreie Stadt Erlangen, Landkreis Nürnberger Land, vom Landkreis Erlangen-Höchstadt die Gemeinden Adelsdorf, Bubenreuth, Eckental, Höchstadt a. d. Aisch, die Verwaltungsgemeinschaften Baiersdorf (= Gemeinden Baiersdorf, Möhrendorf), Hemhofen (= Gemeinden Hemhofen, Röttenbach), Heroldsberg (=Gemeinden Heroldsberg, Kalchreuth), Höchstadt a. d. Aisch (= Gemeinden Gremsdorf Lonnerstadt, Mühlhausen, Vestenbergsgreuth, Wachenroth), Uttenreuth (= Gemeinden Buckenhof, Marloffstein, Spardorf, Uttenreuth) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 229)
229	Fürth	Kreisfreie Stadt Fürth, Landkreise Fürth, Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim, vom Landkreis Erlangen-Höchstadt die Gemeinde Herzogenaurach, die Verwaltungsgemeinschaft Weisendorf (= Gemeinden Aurachtal, Großenseebach, Heßdorf, Oberreichenbach, Weisendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 228)
230	Nürnberg-Nord	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 01 bis 03, 05 bis 13, 23 bis 30, 70 bis 87, 90 bis 95 (Übrige Bezirke s. Wkr. 231)
231	Nürnberg-Süd	Von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 04, 14 bis 22, 31 bis 38, 40 bis 55, 60 bis 65, 96, 97 (Übrige Bezirke s. Wkr. 230)
232	Roth	Kreisfreie Stadt Schwabach, Landkreise Roth, Weißenburg-Gunzenhausen

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
233	Aschaffenburg	Kreisfreie Stadt Aschaffenburg, Landkreis Aschaffenburg
234	Bad Kissingen	Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld
235	Main-Spessart	Landkreise Main-Spessart, Miltenberg
236	Schweinfurt	Kreisfreie Stadt Schweinfurt, Landkreise Kitzingen, Schweinfurt
237	Würzburg	Kreisfreie Stadt Würzburg, Landkreis Würzburg
238	Augsburg-Stadt	Kreisfreie Stadt Augsburg
239	Augsburg-Land	Landkreise Aichach-Friedberg, Augsburg
240	Donau-Ries	Landkreise Dillingen a. d. Donau, Donau-Ries
241	Neu-Ulm	Landkreise Günzburg, Neu-Ulm
242	Oberallgäu	Kreisfreie Stadt Kempten (Allgäu), Landkreise Lindau (Bodensee), Oberallgäu
243	Ostallgäu	Kreisfreie Städte Kaufbeuren, Memmingen, Landkreise Ostallgäu, Unterallgäu
		Saarland
244	Saarbrücken I	Vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinden Kleinblittersdorf, Saarbrücken (Übrige Gemeinden s. Wkr. 245)
245	Saarbrücken II	Vom Stadtverband Saarbrücken die Gemeinden Friedrichsthal, Großrosseln, Heusweiler, Püttlingen, Quierschied, Riegelsberg, Sulzbach/Saar, Völklingen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 244), vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Schwalbach/Saar, Wadgassen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 246, 247)
246	Saarlouis	Landkreis Merzig-Wadern, vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Dillingen/Saar, Nalbach, Rehlingen, Saarlouis, Saarwellingen, Überherrn, Wallerfangen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 245, 247)

Wahlkreis Nr.	Wahlkreis Name	Gebiet des Wahlkreises
247	Sankt Wendel	Landkreis Sankt Wendel, vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Eppelborn, Illingen, Merchweiler, Ottweiler, Schiffweiler (Übrige Gemeinden s. Wkr. 248), vom Landkreis Saarlouis die Gemeinden Lebach, Schmelz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 245, 246)
248	Homburg	Saar-Pfalz-Kreis, vom Landkreis Neunkirchen die Gemeinden Neunkirchen/Saar, Spiesen-Elversberg (Übrige Gemeinden s. Wkr. 247)

Begründung

I. Allgemeiner Teil

Mit der Novellierung des Bundeswahlgesetzes (BWG) in der Fassung der Bekanntmachungen vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325) und 4. August 1976 (BGBl. I S. 2133, 2799) sollen folgende Änderungen gegenüber der geltenden Rechtslage herbeigeführt werden:

1. Die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Deutschen Bundestag wird der inzwischen erfolgten Bevölkerungsentwicklung angepaßt, wobei die Ergebnisse der Gebiets- und Verwaltungsreformen in den Bundesländern soweit wie möglich berücksichtigt werden. Die Bundesregierung trägt dabei mit einer Ausnahme für die Wahlkreiseinteilung in Bayern der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. Oktober 1978 Rechnung (vgl. Stenogr. Bericht über die 111. Sitzung S. 8721; Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses vom 5./9. Oktober 1978, BT-Drucksache 8/2166 vom 5. Oktober 1978 S. 3), für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag Vorschläge zur Neuabgrenzung der Bundestagswahlkreise vorzulegen, die — ausgehend vom Stand der deutschen Bevölkerung im Wahlgebiet am 1. April 1978 und vom Gebietsstand am 1. Mai 1978 —
   - eine Neuverteilung der Wahlkreise auf die Länder entsprechend den Vorschlägen der Wahlkreiskommission für die 8. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (vgl. BT-Drucksache 8/1876 vom 7. Juni 1978) vorsehen,
   - eine Neuabgrenzung der Wahlkreise in den Ländern vorsehen, in denen Abweichungen im Stand der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt von mehr als ± 29 % bestehen und
   - die Grenzen der Gemeinden und gemeindlichen Gebietskörperschaften sowie nach Möglichkeit auch der Kreise berücksichtigen.

   Die Bundesregierung hat auf Ersuchen des Innenausschusses den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien Gelegenheit gegeben, sich auf Landesebene i. R. dieser auf Empfehlung des Innenausschusses (vgl. Kurzprotokoll über die 54. Sitzung vom 4. Oktober 1978 S. 21, 24; BT-Drucksache 8/2166 vom 5. Oktober 1978 S. 4; s. auch Kurzprotokoll über die 53. Sitzung vom 27. September 1978 S. 8 ff.) vom Deutschen Bundestag am 19. Oktober 1978 vorab beschlossenen Grundsätze auf eine Wahlkreiseinteilung zu verständigen. Soweit eine entsprechende Einigung erzielt worden ist, hat sich die Bundesregierung die einvernehmlich zustandegekommenen Vorschläge, die den Wahlrechtsprinzipien des Artikels 38 Abs. 1 Satz 1 GG i. V. mit § 1 Abs. 1 Satz 2 BWG (s. auch § 3 Abs. 2 Satz 3 BWG) Rechnung tragen, zu eigen gemacht. Für die Wahlkreiseinteilung in den Ländern, in denen ein Konsens nicht oder nur zum Teil erreicht worden ist, unterbreitet die Bundesregierung nach Vorschlägen des Statistischen Bundesamtes und nach Maßgabe der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. Oktober 1978 sowie der Beschlüsse des Innenausschusses vom 4. Oktober und 6. Dezember 1978 eigene Vorschläge zur Neuabgrenzung der Wahlkreise (vgl. Kurzprotokoll über die 54. und 59. Sitzung des Innenausschusses S. 22/23 bzw. S. 10 f.; BT-Drucksache 8/2166 vom 5. Oktober 1978 S. 4). Die Einzelheiten ergeben sich aus der Begründung zu Artikel 1 Nr. 12.

2. Der Wahlrechtsausschlußgrund des § 13 Nr. 2, zweite Alternative BWG wird enger gefaßt. Wer wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht, soll nur noch dann vom Wahlrecht ausgeschlossen sein, wenn er zwangsweise unter Pflegschaft gestellt worden ist.

3. Die Fristenregelung des § 21 Abs. 3 BWG für den Beginn der parteiinternen Kandidatenaufstellung wird unter Beibehaltung des geltenden Regelungsinhaltes an die 1976 erfolgte Änderung des Artikels 39 Abs. 1 GG angepaßt.

4. Durch Ergänzung des § 8 BWG wird die Möglichkeit geschaffen, Wahlvorstände zur Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses statt auf Wahlkreisebene auch auf der Ebene der Kreise oder Gemeinden einzurichten, so daß das Briefwahlergebnis auch im Kreis oder in der Gemeinde ermittelt und festgestellt werden kann.

5. Die i. R. der Wahl zum 8. Deutschen Bundestag bei einigen Vorschriften des Bundeswahlgesetzes aufgetretenen Auslegungs- und Anwendungsschwierigkeiten werden durch Neufassung der entsprechenden Tatbestände bereinigt. Zugleich werden einige redaktionelle Änderungen und Ergänzungen vorgeschlagen.

II. Die einzelnen Vorschriften

Artikel 1

Zu Nummer 1 — § 3 —

Die Vorschrift enthält eine redaktionelle Anpassung an die Änderung des § 21 BWG: Die Worte „nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages" wer-

den ersetzt durch die Worte „nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages."

Zu Nummer 2 — § 8 —

§ 8 BWG geht von der Vorstellung aus, daß die Ermittlung und die Feststellung des Briefwahlergebnisses ausschließlich auf Wahlkreisebene erfolgen können und daß für die Erledigung dieser Aufgaben grundsätzlich in jedem Wahlkreis ein Briefwahlvorsteher und ein Briefwahlvorstand ausreichen. Diese Regelung entspricht angesichts der gestiegenen Zahl der Briefwähler nicht mehr der Realität und erscheint nach Abschluß der kommunalen Gebietsreform in den Bundesländern mit einer erheblichen Verringerung der Zahl der Gemeinden auch nicht mehr zwingend.

Im Änderungsvorschlag unter a) ist deshalb zunächst die Einfügung des Wortes „mindestens" in § 8 Abs. 1 BWG vorgesehen (vgl. auch § 5 Abs. 1 EuWG). Diese Änderung hat im Hinblick auf die geltende Regelung des Absatzes 2 Satz 2, die demgemäß entfallen kann (vgl. Änderungsvorschlag unter b) letzter Satz), letztlich nur klarstellende Bedeutung. Der neu angefügte Satz 2 entspricht § 6 Abs. 11 Satz 2 BWO, der aus rechtssystematischen Gründen in das Bundeswahlgesetz übernommen wird.

Mit dem Vorschlag unter b) soll eine Gesetzeslücke geschlossen werden.

Im Vorschlag unter c) ist vorgesehen, daß die Landesregierungen oder die von ihnen bestimmten Stellen die mit der Briefwahl zusammenhängenden Aufgaben in Abweichung von der Regelung des Absatzes 1 auf Wahlorgane auf Gemeinde- oder Kreisebene übertragen können. Eine dahin gehende Anordnung wird dort nicht in Betracht kommen, wo aufgrund der geringen Zahl der Wahlberechtigten die Wahrung des Wahlgeheimnisses in Gefahr gerät; das dürfte etwa bei Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern der Fall sein. Der Vorschlag unter c) trägt einem in der Parteipraxis häufig geäußerten Wunsch Rechnung.

Zu Nummer 3 — § 9 —

In der Wahlpraxis hat sich herausgestellt, daß die in § 9 Abs. 2 Satz 2, erster Halbsatz BWG vorgesehene Mindestzahl von sieben und die Höchstzahl von neun Wahlvorstandsmitgliedern nicht erforderlich sind. Nach allgemeiner Ansicht ist es ausreichend, wenn neben dem Wahlvorsteher als Vorsitzendem und seinem Stellvertreter — anstelle von fünf bis sieben — weitere drei bis fünf Beisitzer berufen werden.

Die vorgeschlagene Ergänzung des § 9 Abs. 2 Satz 2, zweiter Halbsatz BWG ist eine Folgeänderung der in Artikel 1 Nr. 2 vorgesehenen Anfügung eines Absatzes 3 in § 8 BWG.

Zu Nummer 4 — § 13 —

Der Deutsche Bundestag hat der Bundesregierung am 23. Februar 1978 eine Petition des Leiters der von Bodelschwinghschen Anstalten in Bethel, die auf eine Änderung des § 13 Nr. 2, zweite Alternative BWG abzielt, zur Berücksichtigung überwiesen (vgl. Stenogr. Bericht über die 75. Sitzung des Bundestages, S. 5889 i. V. m. Drucksache 8/1450 des Petitionsausschusses).

Die Bundesregierung hat den Beschluß des Bundestages zum Anlaß genommen, die gesamte Problematik des Wahlrechtsausschlusses psychisch Kranker (§ 13 Nr. 2 bis 4 BWG) in Fortsetzung der Überlegungen, die sich schon im Änderungsgesetz zum Bundeswahlgesetz vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593) niedergeschlagen haben (vgl. BT-Drucksache 7/2873 vom 2. Dezember 1974 S. 37 f.), grundsätzlich zu überdenken.

Die Gesamtprüfung, in die Stellungnahmen der zuständigen Länderbehörden, der Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder (GMK), der Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser und des Ständigen Arbeitskreises der Psychiatrie-Referenten des Bundes und der Länder einbezogen waren, hat eine Vielzahl juristischer, medizinisch-psychiatrischer, politischer und verwaltungsorganisatorischer Probleme aufgezeigt, deren Komplexität und Vielschichtigkeit sich in einem breiten Meinungsspektrum dokumentiert.

Im Spannungsfeld zwischen dem hohen verfassungsrechtlichen Rang des Wahlrechts und der Bedeutung der Parlamentswahlen für ein demokratisch verfaßtes Gemeinwesen einerseits und dem Abbau der Diskriminierung psychisch Kranker durch Zuerkennung des Wahlrechts andererseits sieht sich danach die Bundesregierung — auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß eine umfassende Novellierung des § 13 Nr. 2 bis 4 verfassungsrechtlich nicht geboten ist (vgl. BVerfGE 36, 139 [141]) — derzeit nicht in der Lage, einer umfassenden Lösung, wie sie etwa in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Wahlrecht die Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser mit der Forderung eines Wahlrechtsausschlusses nur bei Entmündigung anstrebt, näherzutreten. Die Eilbedürftigkeit dieses aus rechtlichen Gründen im ersten Halbjahr 1979 vom Deutschen Bundestag zu verabschiedenden Gesetzentwurfs und der Umstand, daß beim Bundesminister der Justiz Überlegungen für eine Neuordnung des materiellen Entmündigungs- und Pflegschaftsrechts angestellt werden, deren Ergebnisse abgewartet werden sollten, sprechen gegen eine umfassende Lösung in diesem Zeitpunkt. In diesem Zusammenhang wird geprüft, ob entsprechend der Stellungnahme im Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland (BT-Drucksache 7/4200, Kapitel D, Nr. 7) das geltende Entmündigungsrecht durch ein System individueller, an den jeweiligen Fähigkeiten orientierter Betreuungsmaßnahmen abgelöst werden kann. Vorbereitende Maßnahmen sind eingeleitet worden, so daß in der nächsten Legislaturperiode insoweit mit einer weiteren Klärung gerechnet werden kann.

1. Die Bundesregierung schlägt deshalb vor, jetzt nur den Ausschlußtatbestand in § 13

Nr. 2, zweite Alternative BWG zu ändern. Vom aktiven Wahlrecht soll bei Pflegschaftsbestellung wegen geistigen Gebrechens künftig nur noch ausgeschlossen sein, wer ohne seine Einwilligung unter Pflegschaft gestellt ist (vgl. § 1910 Abs. 3 BGB). Demgemäß erweitert sich der Kreis der passiv Wahlberechtigten (vgl. § 15 Abs. 2 Nr. 1 BWG).

Für eine solche Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten spricht zum einen, daß die wegen eines geistigen Gebrechens unter Pflegschaft gestellten Personen vielfach nur hinsichtlich bestimmter Sachbereiche einen Pfleger besitzen (vgl. § 1910 Abs. 2 BGB; § 44 BBG i. V. § 26 BRRG; § 19 BDizO) oder — wie etwa Epileptiker — nur vorübergehend, wenn auch wiederkehrend, in ihrer geistigen Gesundheit beeinträchtigt sind. Zum anderen verdeutlicht § 1910 Abs. 3 BGB, daß derjenige, der seine Einwilligung für die Anordnung der Pflegschaft erteilt hat, der sich also freiwillig der Pflegschaft als einer Schutz- und Hilfsmaßnahme (s. Psychiatrie-Enquete, BT-Drucksache 7/4200 S. 371) unterstellt, willentlich und zum wesentlichen Teil die richterliche Entscheidung trägt. Der Betroffene ist nicht und will nicht Objekt einer von außen kommenden Maßnahme sein, sondern wirkt eigenverantwortlich an seiner Zukunft mit. Folgerichtig bestimmt § 1920 BGB, daß eine Pflegschaft aufzuheben ist, wenn der Pflegebefohlene dies beantragt. Die gesetzliche Regelung setzt also voraus, daß der Betroffene trotz seines geistigen Gebrechens in der Lage ist, verantwortlich zu handeln. Demzufolge kann davon ausgegangen werden, daß er auch die Fähigkeit hat, das ihm einzuräumende Wahlrecht aufgrund eigener Entscheidung auszuüben (vgl. auch Protokoll 8/27 des Petitionsausschusses vom 18. Januar 1978). Zukünftig sollen somit nur die Pflegebefohlenen vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen sein, die — mangels Verständigungsmöglichkeit — ohne Einwiligung, m. a. W. zwangsweise unter Pflegschaft wegen geistigen Gebrechens gestellt sind.

Die unter Mitwirkung des Betroffenen erfolgte Pflegschaftsbestellung berührt seine Geschäftsfähigkeit nicht. Durch die vorgeschlagene Einschränkung des Tatbestandes des § 13 Nr. 2, zweite Alternative BWG wird erreicht, daß Wahlrechtsausschluß einerseits und Geschäftsunfähigkeit/beschränkte Geschäftsfähigkeit andererseits stärker zur Dekkung kommen.

Die Neuregelung ist auch im Hinblick auf die in § 13 Nr. 4 BWG enthaltene Regelung folgerichtig. Nach dieser Bestimmung bleibt trotz ärztlich festgestellter Geisteskrankheit oder Geistesschwäche wahlberechtigt, wer sich freiwillig und damit aufgrund eigener Entscheidung in ein psychiatrisches Krankenhaus begibt. Der vorgeschlagenen Gesetzesänderung ist deshalb gegenüber der im Rahmen der vorgenannten Petition unterbreiteten und im Protokoll Nr. 8/27 (S. 35) wiedergegebenen Anregung, unter Pflegschaft stehende Personen nach Vorlage eines ärztlichen Attestes auf Antrag in das Wählerverzeichnis aufzunehmen, der Vorzug zu geben.

Die Bundesregierung verkennt nicht, daß mit der vorgeschlagenen Neuregelung organisatorische und verwaltungsmäßige Schwierigkeiten verbunden sind, die darin liegen, bestehende Pflegschaftsanordnungen darauf zu überprüfen, ob der Betroffene gem. § 1910 Abs. 3 BGB gehört werden konnte, und künftig eine Mitteilungspflicht der Gerichte festzulegen. Dieser Verwaltungsmehraufwand sollte jedoch trotz der relativ großen Zahl der Fälle nicht entscheidend ins Gewicht fallen und ist im Interesse der Sache hinzunehmen.

2. Hinsichtlich der übrigen Tatbestände des § 13 BWG bieten sich unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Rechtsstellung psychisch Kranker noch keine voll überzeugenden Lösungen an, die alle im vorgegebenen Spannungsfeld enthaltenen Komponenten erfassen.

2.1 Ansatzpunkt einer Prüfung der Regelung des § 13 Nr. 2, erste Alternative BWG ist, daß der Wahlrechtsausschluß wegen Entmündigung nicht nur die Fälle der Entmündigung wegen Geisteskrankheit und Geistesschwäche (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 BGB), sondern auch diejenigen wegen Verschwendung sowie Trunksucht und Rauschgiftsucht (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BGB) erfaßt.

Die Entmündigungsvoraussetzungen sind zwar in ihrer Bedeutung unterschiedlich und verfolgen verschiedene Zwecke. Einer im Hinblick auf das Wahlrecht möglicherweise differenzierenden Regelung steht jedoch entgegen, daß alle Formen der Entmündigung Auswirkungen auf die Geschäftsfähigkeit des Betroffenen haben. Der wegen Geisteskrankheit Entmündigte ist nach § 104 Nr. 3 BGB geschäftsunfähig; die Entmündigungsgründe Geistesschwäche, Verschwendung, Trunksucht und Rauschgiftsucht führen nach § 114 BGB zur beschränkten Geschäftsfähigkeit (s. auch Psychiatrie-Enquete, BT-Drucksache 7/4200 S. 371 ff.).

Die als Grundsatz anzustrebende Deckungsgleichheit von Wahlrechtsausschluß einerseits und Geschäftsunfähigkeit und eingeschränkter Geschäftsfähigkeit andererseits sowie die medizinisch-psychiatrische Aussage, daß die Wahlmündigkeit in aller Regel bei solchen Kranken nicht gegeben ist, sprechen unter Berücksichtigung der im Wahlrecht notwendigen Formalisierung ge-

gen eine Änderung des § 13 Nr. 2, erste Alternative BWG.

2.2 Die Anregungen, § 13 Nr. 3 BWG insgesamt aufzuheben, beruhen auf folgenden Überlegungen:

2.2.1 Die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus nach § 63 StGB, die nach § 13 Nr. 3 BWG den Ausschluß vom Wahlrecht zur Folge hat, wird als Maßregel der Sicherung und Besserung gem. § 61 Nr. 1 StGB gegen den Betroffenen aus Gründen der Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störung (§ 20 StGB) oder verminderter Schuldfähigkeit (§ 21 StGB) verhängt (s. auch Psychiatrie-Enquete, BT-Drucksache 7/4200 S. 282). Auch wenn die rechtliche Gesamtwürdigung Anlaß zu der Erwartung gibt, daß der Betroffene infolge seines Zustandes künftig erhebliche rechtswidrige Taten begehen wird und deshalb für die Allgemeinheit als gefährlich anzusehen ist, läßt dies nicht in allen, wohl aber in vielen Fällen einen Schluß auf die Wahlrechtsunfähigkeit zu. Die Bundesregierung schlägt deshalb eine Aufhebung dieses Wahlrechtsausschlußgrundes nicht vor.

2.2.2 Eine differenzierte Lösung des Problems läßt sich derzeit nicht verwirklichen. Der Gedanke, bereits in die vom Strafrichter veranlaßten Ausführungen des Sachverständigen zur Frage, ob die Voraussetzungen der §§ 20, 21 StGB beim einzelnen Täter vorliegen, eine Aussage zur Wahlfähigkeit der Betroffenen aufzunehmen, beinhaltet zum einen keine Frage, die im Wahlrecht zu lösen ist; zum anderen überschreitet er die Grenze des Strafverfahrens. Dem Sachverständigen würde zudem zusätzlich zu den bei der Anwendung des § 20 StGB zu lösenden Problemen eine Verantwortung auferlegt, durch die er in vielen Fällen überfordert würde.

Auch der Weg, für jeden einzelnen nach § 63 StGB in ein psychiatrisches Krankenhaus Eingewiesenen rechtzeitig vor der Wahl ein ärztliches Gutachten zur Wahlmündigkeit erstellen zu lassen, erscheint nicht gangbar. Zwar hätte dies den Vorteil, daß der jeweils akute Gesundheitszustand begutachtet würde; aber es bestehen insoweit erhebliche Bedenken, als praktisch dem Arzt die Entscheidung über das Wahlrecht übertragen wird. Zum einen müßte — abgesehen von möglichen Konflikten im Hinblick auf die ärztliche Schweigepflicht — befürchtet werden, daß eine derartige — quasi richterliche — Funktion das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten nachhaltig stört, zumal Patienten eine für sie positive Entscheidung des Arztes als „Belohnung" mißverstehen könnten. Zum anderen könnten die Ärzte schon wegen der Vielzahl der in kurzer Zeit vor Wahlen erforderlichen Begutachtungen eine solche Aufgabe kaum bewältigen, was zur Folge haben könnte, daß es zu Wahlanfechtungen wegen unterbliebener oder verspätet abgegebener ärztlicher Bestätigungen käme.

Eine Einschränkung des Ausschlußgrundes in § 13 Nr. 3 BWG bietet sich möglicherweise insoweit an, als in den Fällen der Tatbegehung im Zustand verminderter Schuldfähigkeit gem. § 21 StGB künftig ein Wahlrechtsausschluß trotz Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus gem. § 63 StGB entfallen könnte. Diese Möglichkeit bedarf indessen erst noch der vollen rechtlichen Ausleuchtung.

Auf dem Hintergrund dieser Sach- und Rechtslage spricht sich die Bundesregierung für eine Zurückstellung einer Novellierung des § 13 Nr. 3 BWG aus.

2.3 In der Problematik ähnlich, nur noch komplexer ist der Wahlrechtsausschluß nach § 13 Nr. 4 BWG. Danach ist vom Wahlrecht ausgeschlossen, wer infolge Richterspruches auf Grund landesrechtlicher Vorschriften wegen ärztlich festgestellter Geisteskrankheit oder Geistesschwäche nicht nur einstweilig in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht ist (s. hierzu auch Psychiatrie-Enquete, BT-Drucksache 7/4200 S. 368 ff.). Diese Personen gehören diagnostisch weit überwiegend den Krankheitsgruppen der endogenen Psychosen und der Suchtkranken an.

Auch hinter dieser Regelung steht die Fiktion, daß jeder, der infolge Richterspruches untergebracht ist, weil er für sich selbst oder für die Allgemeinheit eine Gefahr bildet, zur Wahlrechtsausübung ungeeignet ist.

Gegen den Ausschlußtatbestand des § 13 Nr. 4 BWG wird zum einen vorgebracht, daß von der Selbst- bzw. Fremdgefährdung weder auf die Schwere des geistigen Gebrechens noch auf die Wahlunmündigkeit geschlossen werden kann, zum anderen, daß die Voraussetzungen und Verfahren der Zwangsunterbringung in den Ländern unterschiedlich ausgestaltet sind — in diesem Zusammenhang ist mehrfach der Wunsch nach besserer Abstimmung der landesrechtlichen Bestimmungen erhoben worden —, weiterhin, daß es oft vom Zufall abhängt, ob jemand freiwillig oder aufgrund Richterspruches in ein psychiatrisches Krankenhaus aufgenommen wird, und schließlich, daß eine große Zahl psychisch Kranker trotz schwerer geistiger Ausfälle von dem Wahlrechtsausschlußtatbestand nicht erfaßt wird, weil sie in ihren Familien gepflegt werden oder sich freiwillig in psychiatrischen Krankenhäusern aufhalten.

Andererseits — und das steht einer generellen Streichung dieses Ausschlußtatbestandes

entgegen — sollte nicht übersehen werden, daß unter den durch Richterspruch eingewiesenen psychisch Kranken auch solche zu finden sein werden, die im Sinne von § 104 Nr. 2 BGB als geschäftsunfähig anzusehen sind.

Eine Möglichkeit, das Problem über die Einholung von ärztlichen Gutachten über die Wahlmündigkeit im Einzelfall zu lösen, wird aus den unter 2.2 dargelegten Gründen auch hier nicht gesehen.

Unter Berücksichtigung des noch nicht abgeschlossenen Meinungsbildungsprozesses bieten sich derzeit nur die Möglichkeiten an, es bei der geltenden, als Kompromiß anzusehenden Regelung zu belassen mit der Konsequenz, daß eine Anzahl potentiell wahlmündiger psychisch Kranker von ihrem staatsbürgerlichen Recht keinen Gebrauch machen kann, oder aber den Ausschlußtatbestand des § 13 Nr. 4 BWG zu streichen mit der Folge, daß weitere geistig Schwerbehinderte ihre Stimme abgeben können. In diesem Zusammenhang ist auf den einschlägigen Wahlausschlußtatbestand im Landtagswahlgesetz von Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. November 1975 (GBl. S. 801) hinzuweisen. Nach dessen Artikel 8 Abs. 2 Buchstabe b kommt es nicht auf den Richterspruch, sondern nur auf die Tatsache der Unterbringung an. Damit sind auch psychisch Kranke, die sich freiwillig in einem psychiatrischen Krankenhaus aufhalten, vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Zu Nummer 5 — § 20 —

Mit dieser Änderung soll klargestellt werden, daß die Wahlberechtigung der Unterzeichner von Wahlvorschlägen i. S. des § 20 Abs. 2 Satz 2 und Absatz 3 BWG vom Wahlvorschlagsträger schriftlich bis spätestens am 34. Tage vor der Wahl 18 Uhr (§ 19 BWG) nachzuweisen ist (vgl. § 30 Abs. 4 Nr. 3 BWO; s. auch § 11 Abs. 2 Nr. 3 EuWG). Bei Nichtbeachtung treten die Rechtsfolgen der §§ 25, 26 BWG ein.

Zu Nummer 6 — § 21 —

Durch das 33. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 23. August 1976 (BGBl. I S. 2381) ist Artikel 39 Abs. 1 GG geändert worden. Nachdem dort der Zeitpunkt für die Neuwahl des Deutschen Bundestages auf frühestens 45 und spätestens 47 Monate nach Beginn der Wahlperiode festgelegt worden ist, muß die sich an die Grundgesetzbestimmung anlehnende Vorschrift des § 21 Abs. 3 Satz 2 BWG zum frühesten Termin für den Beginn der parteiinternen Wahlbewerberaufstellung an die Verfassungsänderung angepaßt werden. Bei Beibehaltung des bisherigen Regelungsinhaltes des § 21 Abs. 3 Satz 2 BWG empfiehlt sich eine Neufassung, wonach mit der Kandidatenaufstellung für die nächste Bundestagswahl nicht früher als 32 Monate nach Beginn der (laufenden) Wahlperiode begonnen werden darf (= 13 Monate vor dem frühestmöglichen Termin der Bundestagswahl). Liegt der Wahltag später als 45 Monate nach dem Beginn der Wahlperiode, kann der Zeitraum für die Kandidatenaufstellung — wie bisher — bis zu 15 Monate betragen.

Zu Nummer 7 — § 25 —

Ein ungültiger — zur Zurückweisung nach § 26 Abs. 1 Satz 2 BWG führender — Kreiswahlvorschlag liegt sowohl vor, wenn die in § 19 BWG vorgeschriebene Form nicht beachtet, als auch — alternativ — wenn die in dieser Bestimmung festgelegte Einreichungsfrist versäumt wird. Um insoweit Unklarheiten, wie sie anläßlich der Bundestagswahl 1976 aufgetreten sind, künftig auszuschließen, ist in Absatz 2 Satz 2 Nr. 1 das Wort „und" durch das Wort „oder" zu ersetzen.

Die vorgeschlagene Änderung des Absatzes 2 Satz 2 Nr. 2 ist eine Folge der vorgesehenen Änderung des § 20 Abs. 2 BWG. Danach können bei Ablauf der Einreichungsfrist für Wahlvorschläge (§ 19 BWG) fehlende Unterschriften und Nachweise über die Wahlberechtigung der Unterzeichner von Wahlvorschlägen i. S. des § 20 Abs. 2 Satz 2 und Absatz 3 BWG grundsätzlich nicht mehr nachgereicht werden; der Wahlvorschlag ist ungültig und zurückzuweisen (§ 26 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BWG).

Zu Nummer 8 — § 27 —

Der Änderungsvorschlag zu a) entspricht dem Vorschlag zur Änderung des § 20 Abs. 2 BWG (dort für Kreiswahlvorschläge, hier für Landeslisten).

Die vorgeschlagene Änderung zu b) ist redaktioneller Art.

Zu Nummer 9 — § 36 —

Der Vorschlag unter a) zur Einführung eines neuen Absatzes 3 in § 36 BWG ist eine Folgeänderung der in Artikel 1 Nr. 2 vorgesehenen Anfügung eines Absatzes 3 in § 8 BWG.

Die unter b) vorgeschlagene Änderung des geltenden Absatzes 3 (Absatz 4 neu) dient der Klarstellung, daß die Gebührenfreiheit für die Beförderung von Wahlbriefen in amtlichen Wahlumschlägen innerhalb des Bundesgebietes nur bei „normaler" Versendungsform (Standardbrief: derzeit 60 Pfg.) gilt. Sofern auf Wunsch der Wähler ein Transport durch „besondere" Versendungsform erfolgt (z. B. per Eilzustellung, Luftpost, Wertbrief, Einschreiben, Einschreiben gegen Rückschein), sind die hierfür anfallenden Beförderungsgebühren, soweit sie den Betrag für Standardbriefe übersteigen, vom Absender selbst zu tragen. Die Gebühren für Standardbriefe sind der Deutschen Bundespost seitens des Bundes zu erstatten.

Zu Nummer 10 — § 53 a —

Wahlrecht ist strenges Formalrecht. Die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl erfordern eine strikte Einhaltung der — weitgehend miteinander verbundenen und aufeinander abgestimmten — gesetzlichen Fristen und Termine. Die entsprechenden Vorschriften enthalten zwingendes Recht und vertragen keine Fristverlängerung oder Nachsicht bei Frist- oder Terminüberschreitung durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Mit der vorgeschlagenen Änderung soll das klargestellt werden. Zugleich wird damit der bisherigen Handhabung bei Bundestagswahlen in der Praxis entsprochen. Die Vorschrift entspricht Artikel 99 des bayerischen Landeswahlgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 6. März 1974 (GVBl. S. 133), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. August 1977 (GVBl. S. 390), das seinerseits das bayerische Gesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 1970 (GVBl. S. 421), geändert durch Gesetz vom 11. Januar 1974 (GVBl. S. 5), berücksichtigt.

Zu Nummer 11

Mit den vorgeschlagenen Änderungen soll eine einheitliche Terminologie im Bundeswahlgesetz herbeigeführt werden (vgl. einerseits die zu ändernden Vorschriften und andererseits die §§ 51, 53 Nr. 2 Buchstabe a), 56 BWG sowie Artikel 38 Abs. 1 GG und der Sprachgebrauch des Europawahlgesetzes vom 16. Juni 1978 — BGBl. I S. 709 —).

Zu Nummer 12

— Anlage zum Bundeswahlgesetz —

Die geltende Einteilung des Wahlgebietes in 248 Bundestagswahlkreise ergibt sich aus § 2 Abs. 2 BWG und der Anlage zum Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. August 1976 (BGBl. I S. 2133, 2799). Im Hinblick auf die zwischenzeitlich erfolgte Bevölkerungsentwicklung und den Abschluß der Gebiets- und Verwaltungsreformen in den Bundesländern bedarf sie für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag der Änderung.

1. Den Vorschlägen zur Neueinteilung der Wahlkreise liegen die Zahlen der deutschen Bevölkerung im Wahlgebiet nach dem Stand vom 1. April 1978 zugrunde (vgl. Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. Oktober 1978, Stenogr. Bericht über die 111. Sitzung S. 8721; BT-Drucksache 8/2166 vom 5. Oktober 1978 S. 3).

2. Nach dem Bevölkerungsstand vom 1. April 1978 entspricht die Zahl der Wahlkreise in mehreren Ländern nicht mehr deren Bevölkerungsanteil (s. auch § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 BWG). Die eingetretenen Bevölkerungsverschiebungen machen eine Neuverteilung von drei Wahlkreisen zwischen den Ländern erforderlich. Danach müssen Hamburg einen Wahlkreis und Nordrhein-Westfalen zwei Wahlkreise abgeben. Aufnehmende Länder mit je einem Wahlkreis sind Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen. Diese Änderungsvorschläge in der Wahlkreisverteilung unter den Ländern entsprechen den Vorschlägen der Wahlkreiskommission für die 8. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (vgl. BT-Drucksache 8/1876 vom 7. Juni 1978) sowie der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. Oktober 1978 (vgl. Stenogr. Bericht über die 111. Sitzung S. 8721; BT-Drucksache 8/2166 vom 5. Oktober 1978 S. 3).

3. Neben der Neuverteilung der Wahlkreise auf die Länder bedurfte es im Hinblick auf die Bevölkerungsverschiebungen aus verfassungsrechtlichen Gründen auch der Neuabgrenzung derjenigen Wahlkreise, in denen die Zahl der deutschen Bevölkerung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise um mehr als ± $33^1/_3$ % abweicht (Verfassungsgrundsatz; vgl. BVerfGE Bd. 16 S. 130 ff.; Bd. 16 S. 145 f.; s. auch § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 BWG). Nach dem Bevölkerungsstand zum 1. April 1978 beträgt die durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung eines Wahlkreises 224 322. Danach sind folgende neun Wahlkreise neu abzugrenzen:

Wahlkreis	Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in %
12 Hamburg-Mitte	−37,5
71 Solingen	−34,3
97 Gelsenkirchen I	−35,6
98 Gelsenkirchen II	−36,5
169 Leonberg-Vaihingen	+33,6
194 Reutlingen	+35,3
202 Fürstenfeldbruck	+42,0
210 Rosenheim	+34,5
228 Erlangen	+34,9

4. In Übereinstimmung mit der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. Oktober 1978 (vgl. Stenogr. Bericht über die 111. Sitzung S. 8721; BT-Drucksache 8/2166 vom 5. Oktober 1978 S. 3) wird darüber hinaus im Interesse der Erzielung einer möglichst dauerhaften Wahlkreiseinteilung vorgeschlagen, auch die Wahlkreise zu ändern, die eine Bevölkerungsabweichung von ± 29 % und mehr vom Bundesdurchschnitt aufweisen. Diese Wahlkreise lassen in den meisten Fällen eine stark steigende Tendenz in der Bevölkerungsentwicklung nach oben oder unten erkennen, so daß die Gefahr besteht, daß sie in absehbarer Zeit die verfassungsrechtliche $33^1/_3$ %-Toleranzschranke erreichen. Hier empfiehlt es sich, schon jetzt korrigierend einzugreifen. Es handelt sich um folgende 15 Wahlkreise:

Wahlkreis	Abweichung der deutschen Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt in %
30 Soltau-Harburg	+30,4
35 Schaumburg	+29,0
39 Celle	+32,1
59 Köln I	−31,7
60 Köln II	−32,1
74 Düsseldorf I	−29,3
77 Neuss-Grevenbroich I	+29,3
96 Steinfurt-Coesfeld	+29,9
105 Detmold-Lippe	+31,9
109 Lüdinghausen	+29,8
110 Wanne-Eickel-Wattenscheid	−29,9
135 Hochtaunus	+29,9
165 Stuttgart II	−32,7
199 Ravensburg	+29,0
209 München-Land	+31,4

Eine Neuabgrenzung auch der insgesamt 13 Wahlkreise, die eine Abweichung vom Bundesdurchschnitt nach oben oder unten zwischen 25 und 29 % aufweisen, wie es die Wahlkreiskommission in ihrem Bericht vorschlägt (vgl. BT-Drucksache 8/1876 vom 7. Juni 1978 S. 10 unter 3.1.3; s. auch § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 BWG), wird im Hinblick darauf, daß bei ihnen in absehbarer Zeit mit einer Annäherung an die verfassungsrechtliche Toleranzschwelle von ± 33⅓ % nicht zu rechnen ist, im Interesse der Kontinuität der Wahlkreiseinteilung nur dort vorgeschlagen, wo sich dies aus besonderen Umständen empfohlen hat oder sich die Parteien dahingehend verständigt haben (vgl. auch BT-Drucksache 8/2166 vom 5. Oktober 1978 S. 4; Kurzprotokoll über die 53. und 54. Sitzung des Innenausschusses Bundestag vom 27. September und 4. Oktober 1978 S. 8 bzw. S. 21).

5. Nach der Neuabgrenzung der Wahlkreise liegen von den insgesamt 248 Bundestagswahlkreisen

   1 Wahlkreis in der Toleranz ± 29 und 33⅓ %

   8 Wahlkreise in der Toleranz ± 25 und 29 %

   29 Wahlkreise in der Toleranz ± 20 und 25 %

   51 Wahlkreise in der Toleranz ± 15 und 20 %

   48 Wahlkreise in der Toleranz ± 10 und 15 %

   61 Wahlkreise in der Toleranz ± 5 und 10 %

   50 Wahlkreise in der Toleranz von unter ± 5 %.

6. Im Zuge der Gebiets- und Verwaltungsreformen in den Bundesländern haben sich zahlreiche Verwaltungsgrenzen geändert. Nach Abschluß dieser Maßnahmen, die zu zahlreichen Gemeindezusammenschlüssen sowie Vergrößerungen von Kreisen und kreisfreien Städten geführt haben, gibt es zum Stand 1. Mai 1978 im gesamten Wahlgebiet noch 8 426 kreisangehörige Gemeinden, 91 kreisfreie Städte und 235 Kreise. Von diesem Gebietsstand geht der Gesetzentwurf aus und paßt die Wahlkreise, soweit sich die Parteien nicht anderweit verständigt haben, an die neuen Verwaltungseinheiten an (vgl. Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. Oktober 1978, Stenogr. Bericht über die 111. Sitzung S. 8721; BT-Drucksache 8/2166 vom 5. Oktober 1978 S. 3).

   Die Vorschläge zur Neuabgrenzung der Wahlkreise berücksichtigen entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. Oktober 1978 in allen Fällen die Grenzen der Gemeinden und gemeindlichen Gebietskörperschaften (Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, Verwaltungsgemeinschaften). Die Grenzen der Kreise sind nach Möglichkeit eingehalten worden. Dort, wo Kreisgrenzen — etwa bedingt durch eine Vergrößerung der Verwaltungseinheiten oder durch Parteiabsprachen — nicht eingehalten worden sind, wurde in jedem Fall auf die Einhaltung der Gemeindegrenzen geachtet (s. auch § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 5 BWG).

   Entsprechend den Reformmaßnahmen in den Ländern sind die Bezeichnungen und Beschreibungen der Wahlkreise aktualisiert worden.

7. Die vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag geht hinsichtlich der Abgrenzung der Wahlkreise in den einzelnen Ländern entsprechend dem einmütigen Beschluß des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 4. Oktober 1978 (vgl. Kurzprotokoll über die 54. Sitzung S. 21 ff.; BT-Drucksache 8/2166 vom 5. Oktober 1978 S. 4; s. auch Kurzprotokoll über die 53. und 59. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 27. September und 6. Dezember 1978, jeweils S. 8 ff.) davon aus, daß jede Änderung im Interesse der Objektivität und Parteienneutralität nach Möglichkeit von allen berührten (d. h. im Deutschen Bundestag vertretenen) Parteien getragen sein sollte.

   Die Neuabgrenzungsvorschläge für die Wahlkreiseinteilung in den Ländern

   Bayern,

   Niedersachsen,

   Rheinland-Pfalz,

   Saarland und

   Schleswig-Holstein

   haben diese Übereinstimmung gefunden.

   Eine Teileinigung ist in Baden-Württemberg erfolgt.

   Hinsichtlich der Wahlkreiseinteilung in den Ländern

Bremen,

Hamburg,

Hessen und

Nordrhein-Westfalen

hat sich ein Konsens der politischen Parteien auf Landesebene nicht erzielen lassen.

In diesen Fällen unterbreitet die Bundesregierung eigene Vorschläge (vgl. auch Begründung Allgemeiner Teil unter Nummer 1).

Im einzelnen sieht der Gesetzentwurf folgende Vorschläge vor:

Schleswig-Holstein

In Übereinstimmung mit dem Bericht der Wahlkreiskommission (vgl. BT-Drucksache 8/1876 vom 7. Juni 1978 S. 13), der Auffassung der Landesregierung von Schleswig-Holstein sowie den Stellungnahmen der im schleswig-holsteinischen Landtag vertretenen Parteien sieht die Bundesregierung keinen Anlaß, für Schleswig-Holstein eine Änderung der Wahlkreiseinteilung vorzuschlagen. Die Grenzen der elf schleswig-holsteinischen Wahlkreise bedürfen weder im Hinblick auf Bevölkerungsabweichungen noch auf Gebietsänderungen oder Gemeindezusammenlegungen der Korrektur. Die höchste Abweichung der Bevölkerungszahl vom Bundesdurchschnitt beträgt —17,4 % (Wahlkreis 9 Ostholstein). Die Gemeindegrenzen werden in allen Fällen eingehalten. Die Durchschneidung von zwei der insgesamt elf Kreise durch Wahlkreisgrenzen ist unvermeidbar.

Hamburg

Die Verminderung der Zahl der Bundestagswahlkreise in Hamburg von acht auf sieben sowie die Abweichung der Bevölkerungszahl des Wahlkreises 12 Hamburg-Mitte von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise um —37,5 % machen eine Neuabgrenzung der Wahlkreise erforderlich. Die Bundesregierung schlägt in Übereinstimmung mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg eine Neueinteilung der Wahlkreise entsprechend den Vorschlägen der Wahlkreiskommission vor (vgl. BT-Drucksache 8/1876 S. 14). Die höchste Abweichung der Bevölkerungszahl vom Bundesdurchschnitt beträgt danach —17,1 % (Wahlkreis 18 Hamburg-Harburg). Zwei Wahlkreise decken sich mit den Bezirksgrenzen, bei zwei weiteren Wahlkreisen sind Stadtbezirke voll in das Wahlkreisgebiet übernommen worden.

Niedersachsen

Die Erhöhung der Zahl der Bundestagswahlkreise in Niedersachsen von 30 auf 31, die Gebietsreformmaßnahmen mit einer grundlegenden Neugliederung der niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte sowie die Abweichung der Bevölkerungszahl in drei Wahlkreisen von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise um 29 % und mehr (30 Soltau-Harburg +30,4 %, 35 Schaumburg +29,0 %, 39 Celle +32,1 %) machen eine grundlegende Neugliederung der Wahlkreise mit dem Ziel der Anpassung an die neuen Verwaltungsgrenzen erforderlich. Die Bundesregierung schlägt in Übereinstimmung mit den Auffassungen der Landesverbände der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien in Niedersachsen eine Abgrenzung der Wahlkreise entsprechend den Vorschlägen der Wahlkreiskommission vor (vgl. BT-Drucksache 8/1876 S. 14). Die höchste Abweichung der Bevölkerungszahl vom Bundesdurchschnitt beträgt danach —22,2 % (Wahlkreis 35 — neu — Harburg). Die Grenzen kreisangehöriger Gemeinden werden in allen Fällen eingehalten. Die Durchschneidung von fünf der insgesamt 37 Kreise durch Wahlkreisgrenzen ist nicht zu vermeiden.

Bremen

Im Hinblick darauf, daß die Abweichungen der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt bei den drei Bundestagswahlkreisen in Bremen nur zwischen +11,8 % im Wahlkreis 50 (Bremen-Ost) und —19,5 % im Wahlkreis 51 (Bremen-West) betragen, wird keine Notwendigkeit zu einer Änderung der Wahlkreisgrenzen gesehen. Dem Grundsatz der Kontinuität der — seit 1949 bestehenden — Wahlkreiseinteilung wird hier gegenüber dem Vorschlag der Wahlkreiskommission (vgl. BT-Drucksache 8/1876 vom 7. Juni 1978 S. 14), eine Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die Stadtbezirks- und Stadtteilsgrenzen vorzunehmen, der Vorzug gegeben. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hält die von der Wahlkreiskommission vorgeschlagene Anpassung der genannten Grenzen für nicht erforderlich, da sie weder verwaltungsorganisatorisch noch für die Durchführung von Wahlen zu parlamentarischen Vertretungskörperschaften bei der Verwaltung und den Parteien von nennenswerter Bedeutung seien; daraus, daß die Grenzen der Wahlkreise mit den Stadtbezirken nicht übereinstimmten, erwüchsen keinerlei Schwierigkeiten.

Nordrhein-Westfalen

Die Verminderung der Zahl der Bundestagswahlkreise in Nordrhein-Westfalen von 73 auf 71, die Abweichung der Bevölkerungszahl der Wahlkreise von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl eines Wahlkreises um mehr als 33⅓% bei drei Wahlkreisen (71 Solingen —34,3 %, 97 Gelsenkirchen I —35,6 %, 98 Gelsenkirchen II —36,5 %) und um 29 % bis unter 33⅓% bei acht Wahlkreisen (59 Köln I —31,7 %, 60 Köln II —32,1 %, 74 Düsseldorf I —29,3 %, 77 Neuss-Grevenbroich I +29,3 %, 96 Steinfurt-Coesfeld +29,9 %, 105 Detmold-Lippe +31,9 %, 109 Lüdinghausen +29,8 %, 110 Wanne-Eickel—

Wattenscheid —29,9 %) sowie die Durchschneidung von 79 kreisangehörigen Gemeinden durch Wahlkreisgrenzen aufgrund der Verwaltungsreform machen eine teilweise Neuabgrenzung der Wahlkreise erforderlich. Da eine Verständigung der Parteien auf Landesebene über eine Neueinteilung der Wahlkreise nicht zustande gekommen ist, schlägt die Bundesregierung eine Wahlkreisabgrenzung nach Maßgabe der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. Oktober 1978 vor. Aufgelöst werden sollen die derzeitigen Wahlkreise 73 Düsseldorf-Mettmann II und 110 Wanne-Eickel—Wattenscheid. Die höchste Abweichung der Bevölkerungszahl vom Bundesdurchschnitt beträgt nach der vorgeschlagenen Neuabgrenzung +28,4 % (Wahlkreis 57 Euskirchen — Erftkreis I). Die Grenzen kreisangehöriger Gemeinden werden in allen Fällen eingehalten. Von Wahlkreisgrenzen durchschnitten werden 18 (derzeit 26) der insgesamt 31 Kreise.

Hessen

In Hessen bleibt es wie bisher bei insgesamt 22 Bundestagswahlkreisen. Die Abweichungen der Einwohnerzahlen vom Bundesdurchschnitt liegen nur beim Wahlkreis 135 Hochtaunus mit 29,9 % über der durch die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. Oktober 1978 festgelegten Toleranz von ±29 %. Im Hinblick hierauf sowie wegen der noch bevorstehenden Neugliederung der Stadt Lahn und des Lahn-Dill-Kreises treten die Landesverbände von CDU und SPD in Hessen dafür ein, die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung beizubehalten und lediglich die durch die Gebietsreform entstandenen Gemeindedurchschneidungen zu beseitigen; dadurch würde gleichzeitig die 29 % übersteigende Bevölkerungsabweichung beim Wahlkreis 135 behoben. Die Bundesregierung macht sich diese Beurteilung zu eigen und schlägt deshalb eine Wahlkreisabgrenzung vor, die lediglich die Durchschneidungen kreisangehöriger Gemeinden durch Wahlkreisgrenzen beseitigt. Die höchste Abweichung der Bevölkerungszahl vom Bundesdurchschnitt beträgt danach +24,0 % (Wahlkreis 144 Odenwald). Von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden elf der insgesamt 20 Kreise.

Rheinland-Pfalz

Entsprechend den Vorschlägen der Wahlkreiskommission (vgl. BT-Drucksache 8/1876 S. 16), der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und der Landesverbände der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien in Rheinland-Pfalz werden die Grenzen der Wahlkreise 160 Neustadt-Speyer (neu: 158), 161 Kaiserslautern (neu 159) und 162 Pirmasens (neu: 160) den derzeitigen Gemeindegrenzen angepaßt. Im übrigen bleibt es bei der gegenwärtigen Abgrenzung der 16 rheinland-pfälzischen Wahlkreise. Aus Gründen der Kontinuität der Wahlkreiseinteilung wird der Vorschlag der Wahlkreiskommission, die Grenzen des Wahlkreises 151 Cochem (neu: 149) mit einer Abweichung der Bevölkerung vom Bundesdurchschnitt von —25,6 % (nach dem dem Bericht der Wahlkreiskommission zugrundeliegenden Stand 1. Juli 1977: —25,2 %) zu Lasten des Wahlkreises 150 Koblenz (neu 148) mit einer Abweichung vom Bundesdurchschnitt von +2,9 % (nach dem Stand 1. Juli 1977 +3,2 %) zu ändern nicht aufgegriffen. Die höchste Abweichung der Bevölkerungszahl vom Bundesdurchschnitt beträgt —25,6 % (Wahlkreis 149 Cochem). Die Grenzen kreisangehöriger Gemeinden werden in allen Fällen eingehalten. Von Wahlkreisgrenzen geschnitten werden 6 der insgesamt 24 Kreise.

Baden-Württemberg

Die Erhöhung der Zahl der Bundestagswahlkreise in Baden-Württemberg von 36 auf 37, die Abweichung der Bevölkerungszahl der Wahlkreise von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl eines Wahlkreises um mehr als $33^1/_3$ % bei zwei Wahlkreisen (169 Leonberg-Vaihingen +33,6 %, 194 Reutlingen +35,3 %) und um 29 % bis unter $33^1/_3$ % bei gleichfalls zwei Wahlkreisen (165 Stuttgart II —32,7 %, 199 Ravensburg +29,0 %) sowie die Durchschneidung von 30 der 35 Landkreise durch Wahlkreisgrenzen aufgrund der Verwaltungsreform machen eine grundlegende Neuordnung der Wahlkreise mit dem Ziel der Anpassung an die neuen Verwaltungsgrenzen erforderlich. Die Bundesregierung schlägt für 34 der insgesamt 37 Wahlkreise eine von den Landesverbänden Baden-Württemberg der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien einvernehmlich akzeptierte Abgrenzung vor. Für die restlichen drei Wahlkreise (185, 186, 192 — Gebiete: Stadtkreis Freiburg im Breisgau, Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Waldshut —), für die ein Konsens unter den Parteien nicht erzielt worden ist, schlägt die Bundesregierung vor, die Gemeinden Rheinfelden (Baden) und Schwörstadt vom Wahlkreis 188 dem Wahlkreis 186, die Gemeinde Hartheim (Teil der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft der Gemeinde Bad Krozingen) vom Wahlkreis 190 dem Wahlkreis 186 und die Gemeinden Buchenbach, Kirchzarten, Oberried, Stegen (= Gemeindeverwaltungsverband Dreisamtal), Gundelfingen, Heuweiler (= vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Gundelfingen), Glottertal, Sankt Peter (= Teil des Gemeindeverwaltungsverbandes Sankt Peter) vom Wahlkreis 190 dem Wahlkreis 192 zuzuordnen. Dadurch werden die Durchschneidung des Landkreises Lörrach durch Wahlkreisgrenzen beseitigt und Abweichungen der Bevölkerungszahlen vom Bundesdurchschnitt in diesem Raum zwischen —13,5 % und +3,4 % erzielt. Die höchste Abweichung der Bevölkerungszahl vom Bundesdurchschnitt beträgt danach +25,8 % (Wahlkreis 177 — neu — Rastatt). Die Grenzen kreisangehöriger Gemeinden werden in allen Fällen eingehalten. Von Wahlkreisgrenzen durchschnitten werden elf der insgesamt 35 Kreise.

Bayern

Die Erhöhung der Zahl der Bundestagswahlkreise in Bayern von 44 auf 45, die Abweichung der Bevölkerungszahl der Wahlkreise von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl um mehr als 33 1/3 % bei drei Wahlkreisen (202 Fürstenfeldbruck +42,0 %, 210 Rosenheim +34,5 %, 228 Erlangen +34,9 %) und beim Wahlkreis 209 München-Land mit +31,4 % sowie die durch die am 1. Mai 1978 in Kraft getretene Gemeindegebietsreform erfolgten Durchschneidungen von Gemeinden durch Wahlkreisgrenzen machen überwiegend eine Neuabgrenzung der Wahlkreise erforderlich. Die Bundesregierung schlägt die von den Landesverbänden Bayern der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien einvernehmlich akzeptierte Abgrenzung der Wahlkreise vor, obwohl beim Wahlkreis 228 Erlangen die Abweichung der Bevölkerungszahl vom Bundesdurchschnitt +31,0 % beträgt. Eine Verminderung der Abweichung der Bevölkerungszahl auf weniger als 29 % vom Bundesdurchschnitt ist in diesem Raum ohne Durchschneidung weiterer Kreise durch Wahlkreisgrenzen oder ohne vollkommen andere Abgrenzung nicht möglich. Die nächsthöchste Abweichung der Bevölkerungszahl vom Bundesdurchschnitt beträgt +29,0 % (Wahlkreis 243 Ostallgäu). Die Grenzen kreisangehöriger Gemeinden werden in allen Fällen eingehalten. Von Wahlkreisgrenzen durchschnitten werden zwei der insgesamt 71 Kreise.

Saarland

In Übereinstimmung mit dem Bericht der Wahlkreiskommission (vgl. BT-Drucksache 8/1876 vom 7. Juni 1978 S. 17), der Auffassung der saarländischen Landesregierung sowie den Stellungnahmen der im saarländischen Landtag vertretenen Parteien sieht die Bundesregierung keinen Anlaß, für das Saarland eine Änderung der Wahlkreiseinteilung vorzuschlagen. Die Grenzen der fünf saarländischen Wahlkreise bedürfen weder im Hinblick auf Bevölkerungsabweichungen noch auf Neugliederungsmaßnahmen der Korrektur. Die höchste Abweichung der Bevölkerungszahl vom Bundesdurchschnitt beträgt −11,0 % (Wahlkreis 244 Saarbrücken I). Die Gemeindegrenzen werden in allen Fällen eingehalten. Die Durchschneidung von drei der insgesamt sechs Kreise durch Wahlkreisgrenzen ist unvermeidbar.

Artikel 2

Dieser Artikel enthält die übliche Berlin-Klausel.

Artikel 3

Dieser Artikel regelt das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes.

III. Finanzieller Teil

Der Gesetzentwurf enthält in den Nummern 2 bis 4 des Artikels 1 kostenrelevante Vorschriften.

Bei Einsetzung von Briefwahlvorständen auf Kreis- oder Gemeindeebene nach entsprechender Entscheidung der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle gemäß Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs entstehen Wahlkosten, die vom Bund nach § 50 BWG den Ländern zugleich für ihre Gemeinden (Gemeindeverbände) zu erstatten sind. Dieser Mehraufwand kann im Rahmen der verfügbaren Mittel aufgefangen werden.

Durch die in Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfs vorgesehene Reduzierung der Zahl der Wahlvorstandsmitglieder tritt eine Verringerung der Wahlkosten im Sinne des § 50 BWG ein.

Die aufgrund der in Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzentwurfs vorgeschlagenen Änderung des § 13 Nr. 2 BWG notwendig werdende Überprüfung der Pflegschaftsanordnungen auf solche, die nicht zwangsweise erfolgt sind, wird bei den zuständigen Stellen der Länder und Gemeinden zu einem Verwaltungsmehraufwand führen.